

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr 187 sept 2026 4,50€
internationale ärzt*innen
für die verhütung des
atomkrieges – ärzt*innen
in sozialer verantwortung



- Neue Studie: Krebsrisiko um AKWs
- IPPNW-Weltkongress 2028 in Berlin
- Europas neuer Rüstungswettlauf mit Mittelstreckenwaffen

Für Abrüstung und Völkerrecht: Zukunft statt Militarisierung



////////////////// IN MEMORIAM ////////////////////

Einsatz für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen

Symposium in Erinnerung an Prof. Dr. Ulrich Gottstein an seinem 100. Geburtstag

Samstag, 28. Nov 2026 11 – 17 Uhr

Einführung
Dr. Lars Pohlmeier,
IPPNW-Vorsitzender

Neue (nukleare) Bedrohungen.
Lektionen aus der Zeit des
Wettrüstens im „Kalten Krieg“
Prof. Dr. Götz Neuneck, Senior
Research Fellow am IFSH

Internationale IPPNW:
Die Vision einer Welt ohne
Atomwaffen

Die „friedliche Nutzung“ der
Atomenergie und die Folgen
Dr. Alex Rosen, IPPNW

Aushungern als Kriegsstrategie
Prof. Dr. Michael Krawinkel,
Universität Gießen

Militarisierung Deutschlands:
Für ein ziviles Gesundheitswesen
Dr. Angelika Claußen,
IPPNW-Vorsitzende

Ort:
Saalbau Gutleut
Rottweiler Straße 32
60327 Frankfurt / Main



Mehr Infos & Anmeldung:
ippnw.de/bit/gottstein





Susanne Grabenhorst ist Mitglied im Vorstand der deutschen IPPNW.



Der Ukrainekrieg zeigt: Immer mehr Abschreckung schafft keinen Frieden. In einem neuen Policy Paper fordert die IPPNW einen Strategiewechsel – hin zu Verhandlungen, Rüstungskontrolle, Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen.

Mögliche Szenarien wären etwa ein UN-mandatiertes Waffenstillstand oder die Aufnahme internationaler Friedensvorschläge. Die humanitären Folgen des Krieges und die steigende Eskalationsgefahr machen ein Handeln dringend notwendig. Angelika Wilmen stellt das Papier in dieser Ausgabe vor.

Prof. Dr. Johannes Varwick plädiert für ein „Helsinki 2.0“: Rüstungskontrolle muss auch in Zeiten scharfer Konfrontation Eskalationsrisiken begrenzen. Er erinnert daran, dass die zentralen Abkommen zur Rüstungskontrolle – von SALT über den INF-Vertrag bis hin zu New START – „alle nicht in Zeiten der Eintracht, sondern unter Bedingungen harter Rivalität abgeschlossen wurden“. Für eine stabile Sicherheitsarchitektur müsse Europa eigenverantwortlich handeln, so Varwick.

Laut der neuen Nationalen Militärstrategie, die die Bundesregierung im Frühjahr 2026 herausgegeben hat, soll die Bundeswehr bis 2039 zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ werden – mit „Multi-Domain Operations“, „Deep Strikes“, mehr Nutzung von KI und Autonomie sowie einer massiven Aufstockung von Panzern und Artillerie. Große Teile dieser Strategie stehen unter Geheimhaltung – Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung gibt einen Überblick über die Details, die bis jetzt öffentlich sind.

Marek Voigt verdeutlicht die konkreten Folgen dieser Politik: Die Summe, die 2027 für Verteidigung ausgegeben werden soll, steigt auf 140 Milliarden Euro, während Soziales, Klimaschutz und Kommunen zu kurz kommen. Die Gewinne aus Rüstung sind eine mächtige Triebkraft für Aufrüstung und Kriege. Die entstehenden zusätzlichen Militäremissionen, die auf 2.760 MtCO₂ bis 2030 geschätzt werden, konterkarieren die EU-Klimaziele, und Kommunen bleiben unterfinanziert.

Hoffnung geben neue Protestbewegungen gegen Wehrpflicht und Aufrüstung. Die Bilder zu diesem Themenschwerpunkt zeigen die vielfältigen Proteste gegen den Start der Rüstungsproduktion von Rheinmetall in Berlin-Wedding.

Eine interessante Lektüre wünscht – Ihre Susanne Grabenhorst

Protest aus dem Gesundheitswesen:
Palästina brennt

08



Diplomatie:
Warum wir ein neues Helsinki brauchen

26



Interview:
Klimakrise und globale Gesundheit

16



THEMEN

Palästina brennt!	8
Europas Rüstungswettlauf mit Mittelstreckenwaffen	10
Fünf Jahre Taliban in Afghanistan	12
Wie Militär & Klimakrise die globale Gesundheit zerstören	14
Vor 30 Jahren: Vom Rechtsgutachten zum Verbot	16
Harvard-Studie bestätigt erhöhtes Krebsrisiko	18

SCHWERPUNKT

Wedding ohne Waffen – gemeinsam gegen Krieg	20
Für Spannungsabbau und Risikoreduktion	22
Nationale Militärstrategie: Aufrüstung für Großmachtkriege	24
Warum wir ein neues Helsinki brauchen	26
Rüstung oder Zukunft?	28

AUS DEM VEREIN

Aus dem Vorstand	34
Demonstrationen gegen Mittelstreckenwaffen	35
Mit Musik & Sonnenblumen gegen die atomare Aufrüstung	36
100 Mitglieder in 100 Tagen / Beitragserhöhung	37

RUBRIKEN

Nachrichten	6
Welt	30
Aktion	31
Gelesen, Gesehen	32
Gefragt: Axel Fersen	33
Gedruckt, Geplant, Impressum, Termine	39



Angelika Wilmen
ist IPPNW-
Friedensreferentin.

US-Militärbasen wie Ramstein sind ein Testfall für Artikel 26 Grundgesetz – so sieht es der Rechtswissenschaftler Prof. Michael Riegner von der Universität Erfurt.

Wenn die Bundesregierung Überflugrechte erteilt oder Infrastruktur für Militäroperationen bereitstellt, die – wie bei völkerrechtswidrigen Drohneneinsätzen oder Angriffskriegen – Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes berühren, stellt sich die verfassungsrechtliche Frage: Darf das Parlament dazu schweigen?

Prof. Riegner beantwortet diese Frage mit „Nein“: Der Bundestag müsse der Bundesregierung ins Wort fallen – und sogar in den Arm, wenn diese Art. 26 Grundgesetz verletze. „Ramstein darf kein faktisches Exterritorium sein“, so Riegner. Wenn Deutschland durch Überflugrechte und logistische Unterstützung zum Gehilfen völkerrechtswidriger Gewalt werde, sei dies eine Verfassungsfrage. Ein Parlamentsvorbehalt für die Unterstützung alliierter Operationen sei die notwendige Konsequenz aus dem Friedensgebot des Art. 26 Grundgesetz.

US-Präsident Donald Trump ist stark auf in Europa stationierte Kampfflugzeuge angewiesen. Drei Jagdgeschwader der US Air Force wurden laut Medienberichten im Juli 2026 beauftragt, Kampffjets in den Nahen Osten zu entsenden. Die Liste umfasst F-16 aus Deutschland und Italien sowie F-35 und F-15E, die in Großbritannien stationiert sind – außerdem begleitende Lufttankerunterstützung aus Europa.

Nach dem Scheitern der Waffenruhe gab es im Juli 2026 elf aufeinanderfolgende US-Angriffe auf den Iran, darunter Angriffe auf iranische Militäroperationszentren, maritime Fähigkeiten, Flugzeughangars, Drohnenlagerstätten und militärische Logistikinfrastruktur. Laut Berichten des Air & Space Forces Magazine kamen bei den Angriffen unter anderem F-16 der Spangdahlem Air Base in Deutschland zum Einsatz.

Beim IPPNW-Jahrestreffen in Jena haben die Teilnehmer*innen die Bundesregierung aufgefordert, sich dem spanischen Beispiel anzuschließen und den deutschen Luftraum für militärische Flüge aller am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran beteiligten Staaten zu sperren. Es dürfe keine direkte oder indirekte Beteiligung an diesem völkerrechtswidrigen Krieg geben, forderte die IPPNW Deutschland in Briefen an das Bundeskanzleramt und das Außenministerium. Eine Antwort blieb uns die Regierung bisher schuldig.



Großkundgebung gegen Wehrpflicht am 2. Oktober in Berlin

Zu einer Großkundgebung gegen eine drohende Wehrpflicht, für Frieden und Abrüstung rufen die Friedensorganisationen IPPNW, DFG-VK, Netzwerk Friedenskooperative und Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit Attac, den Naturfreunden und der DGB-Jugend sowie Aktiven der Schulstreiks auf. Unterstützt wird die Kundgebung unter anderem von Greenpeace.

Bei der Veranstaltung vor dem Brandenburger Tor sind neben Redebeiträgen aus der Schulstreikbewegung, von Kriegsdienstverweiger*innen und Zivilgesellschaft zahlreiche Auftritte von Künstler*innen geplant. Mit dabei ist unter anderem die Hip-Hop-Band K.I.Z., die 2024 das Lied „Frieden“ veröffentlichte. Der Hamburger Rapper Disarstar hat ebenfalls zugesagt. Er veröffentlichte 2025 den Song „Meine Söhne geb' ich nicht“, mit dem er Reinhard Meys pazifistischen Antikriegsklassiker aufgreift. Mit dem Lied positioniert sich Disarstar gegen eine neue Wehrpflicht und die Militarisierung.

Im Aufruf zur Kundgebung heißt es: „Wir erleben die stärkste Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg. Bald fließt jeder zweite Euro des Bundeshaushalts in Aufrüstung und Krieg. Bezahlen müssen dafür wir alle – mit steigenden Preisen, Sozialkürzungen, zerfallenden Schulen, ungelöster Klimakrise und unterfinanzierten Krankenhäusern.“

Mehr Infos unter www.unzwingbar.de und auf der Heftrückseite



Umweltministerium entscheidet: Rosatom darf nach Lingen

Das niedersächsische Umweltministerium hat ANF, einer Tochterfirma des französischen Unternehmens Framatome, unter Auflagen erlaubt, die Brennelementefabrik in Lingen zu erweitern. Dort sollen künftig hexagonale Brennelemente nach russischem Vorbild hergestellt werden. Das Ministerium in Hannover begründet die Genehmigung mit der geltenden Rechtslage und einer Weisung aus dem Bund. Obwohl sowohl das zuständige Landes- als auch das Bundesumweltministerium die Kooperation mit dem russischen Staatskonzern „kritisch sehen“, erging die atomrechtliche Genehmigung. Das Bundesumweltministerium erklärt dazu: „Das geeignete Instrument, damit umzugehen, ist (...) nicht das Atomrecht, sondern es wären EU-weite Sanktionen auch für den Nuklearbereich. Für diese fand sich bislang jedoch keine Mehrheit der Mitgliedstaaten.“

Bisher ist der russische Nuklearsektor – der sowohl zivile als auch militärische Nutzung umfasst – nicht von Sanktionen betroffen. ANF hatte beantragt, in Lizenz mit dem russischen Atomkonzern TVEL (eine Tochter von Rosatom) hexagonale Druckwasser-Brennelemente herzustellen. Ursprünglich war ein gemeinsames Unternehmen in Deutschland geplant, doch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde dies nicht genehmigt. Stattdessen gründeten die beiden Konzerne ein Joint Venture in Frankreich.

Erst im Frühjahr hatten viele IPPNW-Mitglieder aus Niedersachsen an ihren Umweltminister geschrieben und ihn aufgefordert, den Antrag abzulehnen. Der Minister erklärte nun, die „Kooperation mit Putins Atomkonzern“ sei in der Tat „politisch grundfalsch“.



Rom-Erklärung zu Atomwaffen und KI

In der Rome Declaration warnen Nobelpreisträger*innen, führende Wissenschaftler*innen und Politikexpert*innen – darunter die IPPNW – vor neuen nuklearen Risiken im Zeitalter der sich rasant entwickelnden KI-Technologie und fordern ein rasches Handeln, um die vollständige Abschaffung von Atomwaffen zu erreichen. In einer künftigen nuklearen Krise könne die Geschwindigkeit der künstlichen Intelligenz kaum noch Raum für menschliches Urteilsvermögen oder Entscheidungsfindung lassen. Das Potential der KI, destabilisierende Cyberangriffe zu ermöglichen oder Desinformationen zu verbreiten, erhöhe zudem die Wahrscheinlichkeit für einen Atomkrieg.

In Castel Gandolfo, dem Sommersitz des Papstes, hatten im Juli die Nobelpreisträger*innen und Expert*innen getagt und an der Erklärung zu künstlicher Intelligenz und Atomwaffen gearbeitet. Der Mitgründer der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), James Muller, beschrieb die Verbindung von KI und Atomwaffen als unmittelbare globale Bedrohung. „Die Verschmelzung von KI und Atomwaffen schafft eine unmittelbare weltweite Gefahr, eine Bedrohung, der einzelne Nationen, verzehrt von ihren geopolitischen Streitigkeiten, nicht begegnen können. Gemeinsames Handeln und eine weltweite Vereinbarung sind nötig“, so Muller.

Sie finden die Rom-Erklärung zu künstlicher Intelligenz und Atomwaffen unter: globalnobelassembly.org/rome-declaration



Kampagne „Krankenhaus statt Lazarett“ gestartet

Am Antikriegstag 2026 ist die neue Kampagne „Krankenhaus statt Lazarett – Für ein ziviles Gesundheitswesen“ gestartet. Sie wurde initiiert von IPPNW, den Verein demokratischer Ärzt*innen und verdi-Aktiven. Damit wird die IPPNW-Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens überführt in eine breiter getragene Verweigerungskampagne, deren zentraler Bestandteil die IPPNW-Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen ist. Mit der Unterschrift unter die Erklärung bekennen sich die Mitarbeiter*innen des Gesundheitswesens öffentlich dazu, jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin zu verweigern.

„Wir wollen Krankenhäuser statt Lazarette, zivile Daseinsvorsorge statt Unterordnung unter militärische Notwendigkeiten, Ausbau eines guten bedarfsgerechten Gesundheitswesens mit guten Arbeitsbedingungen statt Sparpolitik im Sozialen und gigantische Schulden für die Aufrüstung. Wir setzen uns für gewaltfreie Konfliktlösungen ein. Die einzige Möglichkeit, Leid und Tod durch Kriege zu verhindern, ist Friedenssicherung. Die Aufgabe von Beschäftigten im Gesundheitswesen ist die Versorgung der Patient*innen – nicht die Unterordnung unter militärische Planungen“, heißt es in dem Faltblatt zur Kampagne.

Die Trägerorganisationen werden mit Veranstaltungen und öffentlichen Aktionen aufklären über die Folgen der Militarisierung des Gesundheitswesens und Druck ausüben auf die Politiker*innen und medizinische Fachverbände, aber auch auf Krankenhäuser und andere medizinische Institutionen.

Mehr unter: ziviles-gesundheitswesen.de



Internationale IPPNW appelliert an israelische Ärztekammer

Die internationale IPPNW hat an die israelische Ärztekammer appelliert, die universellen Prinzipien der ärztlichen Ethik auch unter den Bedingungen des Krieges zu verteidigen. Sie fordert, sich für die Einhaltung völkerrechtlicher und universeller berufsethischer Standards auch gegenüber palästinensischen Gefangenen einzusetzen. Anlass war die Gefangennahme und Folter palästinensischer Gesundheitskräfte in Israel. Der Offene Brief beruft sich auf umfangreiche Berichte, die Physicians for Human Rights Israel (PHRI) seit Oktober 2023 veröffentlicht, in denen schwerwiegende Verstöße gegen die medizinische Ethik thematisiert werden. „Diese Berichte beschreiben die anhaltende Verweigerung oder Verzögerung medizinischer Behandlungen, unzureichenden Zugang zu fachärztlicher Versorgung, Behandlungen unter Bedingungen anhaltender Fesselung und mit verbundenen Augen, mutmaßliche Misshandlungen, die nicht untersucht werden, sowie ethische Bedenken hinsichtlich des in Sde Teiman errichteten Militärkrankenhauses.“

Weiter heißt es: „Die Tokioter Erklärung der Weltärztevereinigung besagt unmissverständlich, dass Ärzt*innen Folter oder andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung weder dulden noch billigen noch sich daran beteiligen dürfen, unabhängig von der mutmaßlichen Straftat oder den Umständen, einschließlich bewaffneter Konflikte.“

Der Brief kann hier gelesen werden: ipnww.de/bit/open-letter



Foto: GAL Gronau

Künftig militärische Urananreicherung in Gronau?

Erst durch eine Anfrage im niederländischen Parlament wurde bekannt: Großbritannien plant, das eigentlich rein zivile Unternehmen Urenco für militärische Zwecke einzusetzen. Urenco betreibt unter anderem eine Urananreicherungsanlage in Gronau (Westfalen). Das Unternehmen wird gemeinsam von Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich verantwortet und kontrolliert, sodass alle drei Staaten maßgebliche Entscheidungen gemeinsam fällen müssen.

Auf aktuelle parlamentarische Anfragen zur Rolle von Urenco im Zusammenhang mit dem britischen Militär antwortet die Bundesregierung jedoch ausweichend oder nur teilweise. So erklärte Umwelt-Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter zwar auf eine Frage der Linken-Abgeordneten Mareike Hermeier, dass „eine Verwendung von in Deutschland angereichertem Uran im Kernbrennstoffkreislauf für Reaktorbrennstoff für Verteidigungszwecke vom Vereinigten Königreich nicht vorgesehen“ sei. Zu weiteren Details – etwa zur Beteiligung der deutschen Urenco-Töchter Urenco Technology and Development oder des Zentrifugenherstellers ETC in Jülich – schwieg sie jedoch.

Befürchtet wird, dass Großbritannien Urenco in die Herstellung von Brennstoff für seine Atom-U-Boot-Flotte einbinden will. Rechtlich wäre das nur mit Zustimmung aller drei Eigentümerländer möglich: Gemäß dem Vertrag von Almelo und dem Atomwaffensperrvertrag müssen Deutschland und die Niederlande einer militärischen Nutzung von Urenco zustimmen. Die Niederlande haben bereits zugestimmt, Deutschland hat sich noch nicht eindeutig positioniert.

Palästina brennt!

Dringende Aktion und Unterstützung sind notwendig!

Die aktuelle Situation in Palästina ist zum einen von heftigsten Siedlerattacken im Westjordanland geprägt, zum anderen von einer Lage in Gaza, in der trotz des sogenannten Waffenstillstands die Kämpfe weitergehen. Seit dem „Waffenstillstand“ wurden mindestens 1.255 Palästinenser*innen getötet.

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF berichtet im Juni 2026: „Die humanitäre Lage im Gazastreifen bleibt verheerend: Trotz der im Oktober 2025 vereinbarten Waffenruhe gehen die Angriffe weiter. Seit Oktober wurden 265 Kinder im Gazastreifen getötet – das ist im Durchschnitt ein Kind pro Tag. Die meisten Familien im Gazastreifen haben ihr Zuhause verloren und leben in provisorischen Zeltlagern. Es fehlt an Trinkwasser und Lebensmitteln. Aktuell leiden etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Gaza Hunger (Stand: 23. Juli 2026). Besonders stark betroffen sind Gebiete nahe der vom israelischen Militär kontrollierten Linie. Dort ist der Zugang zu humanitärer Hilfe besonders schwierig; über 200.000 Menschen in dieser Region sind in einer lebensbedrohlichen Notlage. 74.000 Kindern droht Mangelernährung.“

Krieg gegen das Gesundheitswesen

94 Prozent der ehemals 35 Krankenhäuser sind beschädigt oder zerstört; nur etwa 19 können aktuell noch teilweise medizinische Leistungen erbringen. Die Situation bleibt dramatisch: Noch am 1. August 2026 wurden beispielsweise bei einem Angriff in der Nähe des Al-Aqsa-Krankenhauses in Deir al-Balah medizinische Lagerhäuser und Teile der ambulanten Versorgung beschädigt.

Der Geschäftsführer von Ärzte ohne Grenzen Deutschland, Christian Katzer, berichtete bereits im Mai 2026 in der Tages-

schau, dass seit dem 1. Januar 2026 kein Material mehr nach Gaza gebracht werden konnte und sich die Lager inzwischen leeren. Es fehlt an Trinkwasser, Zelten, Lebensmitteln, Verbandstoffen und Medikamenten. Da Ärzte ohne Grenzen zugleich der zweitgrößte zivile Trinkwasserversorger in Gaza ist und das technische Personal stellt, das die Entsalzungsanlagen und die Generatoren für die Stromversorgung der Krankenhäuser am Laufen hält, ist all dies hochgradig gefährdet.

„Wasser als Mittel zur kollektiven Bestrafung der Palästinenser*innen im Gazastreifen“ heißt eine Stellungnahme von Ärzten ohne Grenzen vom 28. April 2026. In diesem Artikel führt die Notfallkoordinatorin von Ärzten ohne Grenzen aus: „Die israelischen Behörden [...] haben die Wasserinfrastruktur in Gaza bewusst und systematisch zerstört und gleichzeitig den Zugang zu Wasservorräten konsequent blockiert. [...] Palästinenser*innen wurden verletzt und getötet, nur weil sie versucht haben, an Wasser zu kommen. [...] Dieser Mangel, verbunden mit katastrophalen Lebensbedingungen, extremer Überbelegung und einem zusammengebrochenen Gesundheitssystem, schafft ideale Voraussetzungen für die Ausbreitung von Krankheiten.“

Behinderung von Hilfsorganisationen

Das UNRWA-Hauptquartier in Jerusalem wurde komplett zerstört. Israelischen Versorgern wurde verboten, Wasser, Strom, Telekommunikation oder Finanzdienste für UNRWA bereitzustellen. Zudem erhielten israelische Behörden zusätzliche Möglichkeiten zur Beschlagnahme von Grundstücken und Gebäuden. Trotz dieser Maßnahmen bleibt UNRWA einer der wichtigsten humanitären Akteure in Gaza – wenn auch stark eingeschränkt und unter massivem logistischem und politischem Druck.

Ende Februar 2026 mussten viele internationale Mitarbeiter*innen internationaler NGOs Gaza verlassen, da Israel ihnen die Lizenz entzogen hatte. Da die israelische Regierung keine internationalen Mitarbeiter*innen mehr nach Gaza hereinlässt, müssen die palästinensischen Kolleg*innen vor Ort die Arbeit allein bewältigen – Beschäftigte, die in Zelten leben und sich nach ihrer Schicht wie alle anderen für Lebensmittel anstellen müssen. Dass Israel Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen die Lizenz zur humanitären Hilfe entzieht, verstößt eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht und verschärft die humanitäre Katastrophe.

Medizinisches Personal getötet oder verhaftet

Das Projekt „Healthcare Workers Watch“ dokumentierte bis zum 17. April 2026 insgesamt 1.571 getötete palästinensische Gesundheitskräfte seit dem 7. Oktober 2023. Seit Kriegsbeginn wurden 362 Beschäftigte des Gesundheitswesens festgenommen, 83 befanden sich aktuell noch in israelischer Haft. Der international bekannteste Gefangene ist Dr. Hussam Abu Safiya, Kinderarzt und ehemaliger Direktor des Kamal-Adwan-Krankenhauses in Nordgaza. Er sitzt inzwischen seit über 600 Tagen ohne Anklage in Haft.

Free Dr. Hussam Abu Safiya!

Am 2. Juli 2026 hat ein Rechtsanwalt der Physicians for Human Rights Israel (PHRI) Dr. Hussam Abu Safiya besucht und danach von dessen lebensbedrohlichem Zustand berichtet. Laut der eidesstattlichen Erklärung von Rechtsanwalt Odeh wurde Dr. Abu Safiya mit gefesselten Händen und Füßen und in Begleitung maskierter Gefängniswärter*innen zu dem Treffen gebracht. Er wies frische, schwere Verletzungen am Kopf, um die Augen herum

SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINENSISCHEN GESUNDHEITSKRÄFTEN: SCHWEIGE- MARSCH AM 26. JULI 2026 IN BERLIN



sowie an den Ohren und am Hals auf – in einem solchen Ausmaß, dass der Anwalt ihn zunächst kaum wiedererkennen konnte. Während des Besuchs hatte Dr. Abu Safiya Schwierigkeiten, zu atmen und zu sprechen. Er wirkte extrem geschwächt, hatte Mühe, aufrecht zu sitzen, ohne umzufallen, und schien mehrmals kurz davor zu sein, das Bewusstsein zu verlieren. Aufgrund dieser direkten Beobachtungen kam der Rechtsanwalt zu dem Schluss, dass Dr. Abu Safiyas Leben in unmittelbarer Gefahr ist.

Dr. Abu Safiyas Worte gingen um die Welt: „Das ist das letzte Mal, dass Ihr mich seht [...] Sie haben mich hierhergebracht, um mich zu töten. Ich glaube nicht, dass ich das überleben werde. Das ist das Ende.“ PHRI hat deshalb einen Aufruf an die Weltöffentlichkeit gerichtet, sich für ihn einzusetzen: Für den sofortigen Zugang zu unabhängiger medizinischer Untersuchung und Behandlung. Für eine sofortige unabhängige Untersuchung der Haftbedingungen. Für die sofortige Freilassung von Dr. Abu Safiya und allen palästinensischen Gesundheitsfachkräften, die willkürlich ohne Anklage oder ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren inhaftiert wurden.

Diesem Aufruf folgte die IPPNW zusammen mit medico international, der Initiative medsolidar und dem vdää*. Sie richteten einen gemeinsamen Brief an Außenminister Wadephul, sich für Dr. Abu Safiya einzusetzen. Und am 26. Juli organisierten sie kurzfristig einen Schweigemarsch in Berlin, an dem über 400 Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen und Unterstützerinnen teilnahmen. Bei dieser Demonstration – von der Ärztekammer Berlin

zum Reichstag – wurden auch die Namen der anderen inhaftierten Gesundheitsmitarbeiter*innen verlesen. Am Folgetag besuchte eine Delegation von Vertreter*innen von IPPNW, Amnesty International, medsolidar, der palästinensischen Gemeinde Deutschlands und Qassem Massri, der selbst mit Dr. Abu Safiya zusammengearbeitet hatte, den Leiter des Nahost-Referats des Außenministeriums, um gegenüber der Bundesregierung die Forderungen zu untermauern.

48 Bundestagsabgeordnete von SPD, Grünen und Linken richteten inzwischen ebenfalls einen Brief an den israelischen Präsidenten Herzog, in dem sie sich für Dr. Hussam Abu Safiya einsetzen. Auch international gibt es viel solidarische Unterstützung. Trotzdem wird Dr. Abu Safiya weiter schwer misshandelt, wie das Büro der palästinensischen Gefangenen Ende Juli mitteilte. Er soll inzwischen schmerzhafte Rippenbrüche erlitten haben, und seine Herzerkrankung verschlechtert sich.

Die Situation im Westjordanland

Die Angriffe auf das Gesundheitssystem und seine Mitarbeiter*innen beschränken sich nicht auf Gaza: Auch im Westjordanland erfolgen Angriffe auf Krankenhäuser. Wege und Transporte zu Krankenhäusern werden durch Straßensperren zu langwierigen Fahrten, auf denen schon mehrfach Patient*innen gestorben sind. Und die Inhaftierung von Ärzt*innen geht auch dort weiter. Der jüngste Fall ist der des „Doctor of the Poor“ Dr. Mazen Ratisi, über den die israelische Tageszeitung Haaretz berichtete. Britische Parlamentsabgeordnete haben sich für ihn bereits eingesetzt.

All dies zeigt, wie wichtig es ist, weiter aktiv zu bleiben! Schreibt Briefe und E-Mails an die Bundesregierung, an Abgeordnete und die israelische Botschaft.

Veranstaltung in Köln

Zu dem Thema „Wie kann humanitäre Hilfe nach Gaza kommen“ sollte Anfang Juli auf Initiative der IPPNW-Regionalgruppe Köln auch eine Veranstaltung an der Uniklinik Köln stattfinden. Die Unternehmenskommunikation der Uniklinik untersagte dann einen Raum: die Uniklinik müsse ‚neutral‘ bleiben. Letztendlich konnte die Veranstaltung aber zusammen mit dem ‚Institut für Sprache und Kulturen der islamisch geprägten Welt‘, deren Fachschaft und der Fachschaft Medizin am 23. Juli an der Uni in Köln stattfinden. Sie war ein großer Erfolg mit einem vollen Hörsaal, bei dem alle Probleme der humanitären Hilfe zur Sprache kamen. Die Vorträge machten deutlich, dass die Situation in Gaza keine Naturkatastrophe ist. Sie ist menschengemacht. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen der israelischen Regierung und der Staaten, die diese Politik militärisch oder finanziell unterstützen. In mehreren Beiträgen wurde deutlich, wie schwierig es ist, dass ausreichend medizinische Güter nach Gaza kommen, weil es eine Vielzahl von auch wechselnden Restriktionen der israelischen Behörden gibt.

Der Abend zeigte: An der Bereitschaft von Menschen in Deutschland, humanitäre Hilfe zu leisten, mangelt es nicht. Es fehlt an politischen Entscheidungen, die Hilfe ermöglichen. Im Anschluss an den Beitrag der Marburger Initiative wurde die Initiative der Frankfurter IPPNW-Gruppe vorgestellt, die Krankenhäuser angeschrieben hat, ob sie bereit wären, Kinder aus Gaza zu behandeln. Ähnliches soll in Köln erfolgen.

Dr. Uwe Trieschmann ist Vorstandsmitglied der IPPNW und aktiv in der IPPNW-Gruppe Köln.





Europas Rüstungswettlauf mit landgestützten Mittelstreckenwaffen

Tomahawk-Deal und ELSA-Projekt befeuern eine weitere Eskalation

Nach der Absage der Stationierung landgestützter US-Mittelstreckenwaffen hat Bundeskanzler Friedrich Merz von US-Präsident Donald Trump am Rande des NATO-Gipfels in Ankara Anfang Juli 2026 die Zusage erhalten, Tomahawk-Marschflugkörper samt mobilen Abschussrampen kaufen zu können. Auch wenn viele Details noch unklar bleiben und mehr Informationen erst zwischen Fertigstellung und Versand dieses Heftes zu erwarten sind, versucht dieser Beitrag einen Überblick über das Vorhaben sowie den Stand der europäischen Aufrüstungsbemühungen mit Mittelstreckenwaffen zu geben. Ein Rüstungswettlauf in Qualität und Quantität dieser Systeme ist bereits in vollem Gange. Risikominimierung durch vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen sind daher dringend geboten.

In Deutschland und Europa wurde die militärische Fähigkeit, mit landgestützten Mittelstreckenwaffen tief im Gebiet eines Gegners präzise Schläge gegen strategische Ziele ausführen zu können, als sogenannte „Fähigkeitslücke“ identifiziert. Bislang verfügen europäische Streitkräfte vor allem über see- und luftgestützte Systeme – das bekannteste Beispiel in Deutschland ist der vom Flugzeug gestartete Marschflugkörper Taurus mit einer Reichweite von 500 km. Da in diesen Bereichen – wie in fast allen konventionellen Feldern – eine deutliche Überlegenheit der europäischen NATO-Staaten (inklusive Kanada) besteht, kann von einer echten Fähigkeitslücke nur bedingt gesprochen werden.

Die gescheiterte US-Stationierung

Die Schließung der vermeintlichen Lücke bei den landgestützten Systemen verfolgte die Bundesregierung unter Olaf Scholz ursprünglich über zwei Pfade:

Zum einen wurde unter dem damaligen US-Präsidenten Joe Biden die Stationierung einer Multi-Domain Task Force in Deutschland vereinbart – samt Long Range Fires Battalion, das über ballistische Raketen (SM-6), Marschflugkörper (Tomahawk) und Hyperschallgleiter (Dark Eagle) verfügen sollte. Dies diente neben der konventionellen Abschreckung Russlands durch Erstschlagkapazitäten auf strategische Ziele auch dem Zweck, die USA fest an Europa zu binden – da diese ihren strategischen Fokus nicht erst seit der ersten Trump-Amtszeit verstärkt auf den Pazifikraum und China richten. Seit dem 2. Mai 2026 ist jedoch klar, dass diese US-Waffen nicht kommen werden; der Schritt wurde von US-Kriegsminister Pete Hegseth verkündet. Über die Gründe wird viel spekuliert: War es eine Reaktion auf einen Kommentar von Merz bei einem Schulbesuch? Haben die USA durch ihren Angriff auf den Iran selbst nicht genügend Kapazitäten? Oder geschah es mit Blick auf eine mögliche russische Reaktion? Das bleibt unklar. Die 2nd MDTF bleibt jedoch weiterhin in Wiesbaden stationiert.

Zudem wurde neben dem Stationierungsverzicht eine Truppenreduktion um 5.000 Soldat*innen in Vilseck angekündigt; weitere Reduzierungen könnten durch die derzeit laufende Überprüfung der US-Truppenpräsenz folgen. Das ur-

sprüngliche Vorhaben der Vorgängerregierung, an dem auch die Regierung Merz festhielt, kann damit zumindest gemessen an den eigenen Zielen als gescheitert gelten.

Der Tomahawk-Kauf

Zum anderen bemüht sich die Bundesregierung seit Juli 2025 um den direkten Kauf eigener Tomahawk-Marschflugkörper samt Startsystemen. Nach einem Jahr Verhandlungen folgte nun die Zusage der US-Administration. Laut dem Nachrichtenportal Politico umfasst die deutsche Anfrage Startrampen sowie 400 Tomahawk-Marschflugkörper, von denen die Hälfte für die Marine vorgesehen ist. Die Kosten sollen sich auf rund 1,37 Milliarden Euro belaufen, so Politico im Oktober 2025. Allerdings steht auch hier in den Sternen, wann die Waffensysteme tatsächlich geliefert werden können: Auch andere Staaten warten derzeit auf zugesagte US-Lieferungen und wurden bereits vertröstet.

Europäisches Projekt: ELSA

Parallel zu der damaligen Stationierungsankündigung 2024 wurde nur einen Tag später ein europäisches Projekt bekannt: Unter dem Namen European Long Range Strike Approach (ELSA) wollen mehrere europäische Staaten eigenständig verschiedene Waffensysteme entwickeln, darunter Marschflugkörper und Hyperschallwaffen. Beteiligt an diesem Rahmenprogramm für acht Kernfähigkeiten sind Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Schweden und Großbritannien. Geplant sind – in Anlehnung an frühere INF-Be-



schränkungen – ein europäisches Startsystem für mehrere Waffenarten, bodengestützte Angriffswaffen mit Reichweiten von 500 bis über 2.000 km sowie massenhaft produzierbare Waffen über 500 km.

Bislang befinden sich im ELSA-Rahmen erst wenige konkrete Projekte in Umsetzung. Hervorzuheben ist die deutsch-britische Vereinbarung zur Entwicklung weitreichender Systeme über 2.000 km im Rahmen des Trinity-House-Abkommens, deren Fertigstellung jedoch nicht vor Anfang der 2030er-Jahre erwartet wird. Unabhängig davon bringen sich Rüstungsunternehmen in Stellung: Das niederländische Unternehmen Destinus plant gemeinsam mit Rheinmetall die Produktion von bis zu 2.000 Stück des Marschflugkörpers „Ruta Block 3“ jährlich (Reichweite über 2.000 km). Während Variante Block 1 (300 km) und Block 2 (700 km) derzeit für die Ukraine gefertigt werden, strebt man bis 2028 Zertifizierungen für den Verkauf an NATO-Staaten an. Zudem will MBDA seine Naval Cruise Missile für den Landeinsatz umrüsten (Reichweite ca. 1.000 km), die frühestens 2030 verfügbar sein soll.

Die globale Dimension: Russland und die Ukraine

Diese Vielzahl europäischer Aufrüstungsprojekte treibt eine gefährliche Spirale an und wirkt auf dem Kontinent massiv destabilisierend. Russland wiederum hat seit dem Ende des INF-Vertrags neue Systeme innerhalb der ehemals verbotenen Reichweiten entwickelt oder auferüstet (etwa Zirkon oder P-800 Oniks) und setzt diese

im Krieg gegen die Ukraine ein. Die Mittelstreckenwaffe Oreshnik mit Mehrfachsprengköpfen wurde bereits mehrfach genutzt; sie ist wie viele russische Systeme sowohl konventionell als auch nuklear bestückbar – was zusätzliche Unsicherheiten und Eskalationspotenziale schafft. Auch der umstrittene Marschflugkörper 9M729 fiel durch eine weit größere Reichweite von rund 1.200 km auf. Im INF-Disput hatte Russland eine Reichweite angegeben, die 500 km nicht überstieg. Die Ukraine wiederum entwickelt neben Drohnen eigene Marschflugkörper (FP-5, Reichweite 3.000 km) und ballistische Raketen (u.a. FP-9, Reichweite 850 km), um Ziele tief im russischen Hinterland anzugreifen.

Die Absage der US-Stationierung bietet die historische Chance, diese gefährliche Eigendynamik zu stoppen. Doch anstatt auf Abrüstung zu setzen, reagiert die europäische Politik reflexartig mit dem Kauf und der Entwicklung eigener Reichweitenwaffen. Damit werden die Risiken verkürzter Vorwarnzeiten, permanenter Alarmbereitschaft und ungewollter Eskalationsgefahren nur verlagert, nicht behoben.

Die Alternative: Rüstungskontrolle und Abrüstung

Genau hier setzt die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ an: Sie fordert von der Bundesregierung, den Absage-Impuls zu nutzen und umgehend Initiativen für Rüstungskontrolle und gemeinsame Sicherheit auf den Weg zu bringen. Dieser Weg wird von der Bevölkerung breit getragen: Bei einer repräsentativen You-

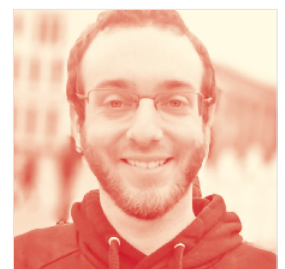
Gov-Umfrage im Auftrag der Kampagne befürworteten 54 Prozent der Befragten den Anstoß diplomatischer Rüstungskontrollprozesse für landgestützte Mittelstreckenwaffen, eine Forderung, die auch der DGB auf seinem letzten Bundeskongress stellte. Auch das Friedensgutachten 2026 empfiehlt ein umgehendes Stationierungsmoratorium für neue Systeme.

Ziel muss ein multilaterales INF-Nachfolgeabkommen sein, das sämtliche landgestützten Mittelstreckenwaffen dauerhaft aus Europa verbannt und durch ein verlässliches, unbefristetes Verifikationsregime absichert. Erste Schritte in diese Richtung können ein Informationsaustausch und weitere vertrauensbildende Maßnahmen sein. Statt Milliarden in neue Erstschlagkapazitäten zu investieren, braucht Europa Initiativen für Dialog und Deeskalation – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen, in Ost wie in West.

Die Quellenangaben zu diesem Artikel finden Sie unter:
ippnw.de/bit/friedensfaehig

Marius Pletsch ist Koordinator der Kampagne „friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Deutschland ohne Mittelstreckenwaffen.“

Er ist Referent bei der DFG-VK und im Beirat der IMI aktiv.



Sie schießen auf die Beine

Fünf Jahre Taliban in Afghanistan

Als afghanische Offiziere am Morgen des 2. Juli 2021 auf den amerikanischen Teil des Militärstützpunkts Bagram bei Kabul kamen, schlug ihnen Stille entgegen. In der Nacht zuvor hatten die letzten US-Soldaten dort das Land verlassen. Damit ihre afghanischen „Verbündeten“ das nicht sofort bemerkten, hatten sie das Licht auf dem Gelände brennen lassen.

Sechs Wochen später, am Morgen des 15. August, als der Truppenabzug offiziell endete, kontaktierten die Taliban den zuständigen US-Kommandeur, was denn nun mit Kabul sei. Im Abzugsabkommen hatte man abgemacht, dass sie bei ihrem Vormarsch vor dessen Toren stehen bleiben sollten, bis der letzte Amerikaner weg war.

General Ken McKenzie antwortete, man kümmere sich nur noch um den Flughafen. Das war das grüne Licht dafür, dass die Taliban Afghanistan wieder ganz übernehmen konnten. Eine Machtteilung mit der Regierung in Kabul war vom Tisch. Präsident Aschraf Ghani verließ per Helikopter das Land. Seine Islamische Republik brach zusammen. Eine Massenflucht setzte ein.

Einmalig und rückwärtsgewandt

Die Taliban machten sich daran, umzusetzen, was sie immer angekündigt hatten: die Errichtung eines „wahrhaft islamischen Staates“. Das Ergebnis war so einmalig wie rückwärtsgewandt. Frauen und Mädchen wurden systematisch entrechtet und aus der Öffentlichkeit gedrängt. Arbeiten und lernen dürfen sie bis heute nur räumlich getrennt von den Männern und Jungen. Schulen ab Klasse 7 und Universitäten bleiben ihnen ganz verschlossen.

Vor fünf Jahren übernahmen die Taliban Afghanistan. Besonders drastische Folgen hat das für das Leben von Frauen. Derweil ist die Opposition zersplittert.

Oft wirkt das Mikromanagement der Taliban kurios, sorgt aber für massenhafte Traumatisierung und Depressionen: Zuletzt untersagten sie Frauen sogar, bei – sowieso schon nach Geschlechtern getrennten – Hochzeitsfeiern Parfüm zu benutzen. Aktivist*innen sprechen von „Gender-Apartheid“, wollen das bei der UNO als Verbrechen gegen die Menschlichkeit festschreiben und so juristisch verfolgbar machen.

Jegliche, auch friedliche Opposition gilt heute per Gesetz als „antiislamisch“ und kann mit dem Tod bestraft werden. Trotzdem flackert, wenn auch seltener, öffentlicher Protest auf. Im Juni gingen im westafghanischen Herat nach Festnahmen angeblich unzureichend verschleierter Frauen erstmals Männer und Frauen gemeinsam auf die Straße, 400 Personen waren es laut Augenzeugen. Die Taliban hätten auf ihre Beine geschossen; ein Teenager verblutete. Online angekündigte Folgeproteste wurden nach Warnungen der Taliban abgeblasen.

Deren brutales Vorgehen sorgt dafür, dass sich Aktivitäten der Frauengruppen in die Onlinesphäre verlagern. Dort vernetzen sie sich auch international, etwa mit der Gender-Apartheid-Kampagne. Selbst Treffen in privaten Räumlichkeiten sind nicht sicher.

Auch bewaffneten Widerstand gibt es. Mitte Juli entrissen zwei Dutzend Kämpfer in der Nordostprovinz Badachschan den Taliban für ein paar Stunden erstmals ein Distriktzentrum. In der afghanischen Dias-

pora kam die Hoffnung auf, das könnte der Anfang vom Ende des Regimes sein.

So weit ist es aber noch nicht. Während die Taliban trotz interner Debatten – etwa um Sinn und Unsinn des Verbots der Mädchenbildung – ihre Einheit bewahren, zeigt sich die Opposition zersplittert. Die bewaffneten Gruppen sind lokal begrenzt und unkoordiniert, es herrscht Rivalität. Einige von ihnen bieten sich den USA als Partner an, in der Hoffnung auf einen Militärschlag gegen die Taliban-Spitze à la Venezuela, in dessen Folge sie die Macht übernehmen könnten.

Die bisher bekannteste bewaffnete Gruppe, die Nationale Widerstandsfront (NWF), äußerte sich nicht zu den Kämpfen in Badachschan. Die dortigen Kämpfer hatten sich von ihr abgespalten. Das beeinträchtigt den Führungsanspruch von NWF-Chef Ahmad Massud. Der 37-Jährige versucht seit Längerem, sich an die Spitze der gesamten – bewaffneten wie zivilen – Opposition zu setzen. Dabei setzt er auf den Nimbus seines Vaters, des legendären, 2001 von al-Qaida ermordeten antisowjetischen Mudschaheddin-Führer Ahmad Schah Massud. Bei Protesten in Kabul trugen auch Frauen sein Bild.

Für seine Pläne akquirierte Massud junior Unterstützung im Ausland. Ein Politikinstitut in Österreich veranstaltete auf sein Bitten seit 2022 fünf Treffen eines sogenannten Wiener Prozesses für ein demokratisches Afghanistan mit dem erklärten Ziel, einen Dachverband der Opposition zu schaffen. Im März folgten Vertreter*innen

der „demokratischen Opposition“ einer Einladung ins Europaparlament. Auch ein NWF-Sprecher war dabei. In Washington erreichte Massuds Front, dass das US-Repräsentantenhaus im September 2024 den Wiener Prozess „als entscheidende Plattform für die Vereinigung aller politischen Oppositionsgruppen“ bezeichnete. Man hofft auf Finanzhilfe, wie sie einst die Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzung erhielten.

Im vorigen Herbst bildete die Wiener Gruppe ein Führungsgremium unter Ex-Vizeaußenminister Mahmud Saikal und forderte die anderen Anti-Taliban-Kräfte auf, sich ihr anzuschließen. Das ging nach hinten los, auch weil Saikal für eines der beiden verfeindeten Lager steht, deren Dauerstreit die Vor-Taliban-Republik in den letzten Jahren politisch lahmlegte. Das für März geplante nächste Wiener Treffen wurde abgeblasen. Offiziell hieß es, man brauche mehr Zeit für Vorbereitungen. Die Webseite der Initiative ist wegen interner Querelen offline. Für neuen Zwist sorgte die Annäherung einiger Teilnehmer*innen an Pakistan, den einstigen Taliban-Hauptunterstützer und Erzfeind, der bereits Treffen der Opposition ausrichtete.

Wolfgang Petritsch, früherer österreichischer Spitzendiplomat und Mitinitiator des Prozesses, bestätigte der taz, dass der Wiener Prozess derzeit „eher stockt“. Es fehle ein „breiter Konsens“ und den politischen Vorstellungen „Umsetzbarkeit“.

In der gesamten Opposition gibt es inhaltliche Differenzen: bewaffneter Kampf gegen die Taliban, wie ihn die NWF führt, oder eine politische Verständigung mit ihnen, wie sie die Exilparteien, darunter die der früheren Mudschaheddin-Führer, wollen? Soll Afghanistan künftig zentralistisch wie bisher, dezentral oder sogar föderal strukturiert sein? Diese Kontroversen spiegeln die politischen Debatten und die ethnopolitische Polarisierung der Republik wider. Zudem geben viele – wie auch Exilaktivist Abdul Saboor Setiz – zu beden-



FRAUEN VOR EINEM GESCHÄFT IN KABUL, DEZEMBER 2022

ken, dass bewaffneter Widerstand „nur zu mehr menschlichem Leid“ führe.

Vor allem geht es um den Führungsanspruch. Daran scheiterte schon ein früheres Bündnis der NWF mit den Exilparteien. Sie wollen sich nicht dem Youngster Massud unterordnen. Die NWF stieg wieder aus, weitere Fraktionen spalteten sich ab. Als „überwiegend familiengeführte, lokale und ethnisch geprägte politische ‚Shops‘, weitgehend unfähig, eine kohärente nationale Bewegung zu bilden“, bezeichnet der exilafghanische Analyst Bahar Mehr die Anti-Taliban-Kräfte. „Alle warten auf einen ausländischen Retter.“

Glaubwürdige Alternative fehlt

Auch wenn sie sich zu Demokratie und Frauenrechten bekennen, kaufen viele Afghan*innen das vor allem den Ex-Mudschaheddin nicht ab. Sie waren auch in der Republik sehr einflussreich und stehen in ihren Augen deshalb für die damalige Korruption, Machtpolitik und die ihnen für schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in früheren Kriegen gewährte Straflosigkeit – und damit für das Scheitern der Republik. Außerdem sind viele von ihnen selbst Islamisten.

Inmitten dieses organisatorischen Chaos dienen zivilgesellschaftliche Akteure – auch die Frauen – wieder nur als demokratische Staffage. Eine glaubhafte politische Alternative zu den Taliban fehlt bisher. Die frühere Frauenministerin Sima Samar fordert jüngst die „junge Generation“ auf,

eine solche Bewegung auf die Beine zu stellen. Das allerdings ist angesichts der Repressionen im Land beinahe unmöglich.

Bahar Mehr schrieb, die einzige wirklich „aktive Gruppierung seit dem Fall von Kabul ist die Protestbewegung der Frauen“. Vielleicht also eine rein von Frauen getragene oder zivilgesellschaftliche Plattform? Die Gruppen im Land könnten über geschützte Onlinekanäle einbezogen werden. Aber auch die Frauenbewegung ist, positiv ausgedrückt, vielfältig. Auch hier gibt es Konkurrenz und Missgunst. Wer Afghanistan nicht verlassen will oder kann und Freiräume mit den Taliban verhandelt, wird beschuldigt, sich zu deren Handlanger zu machen.

Jetzt kommt es darauf an, wer die Initiative übernimmt. Mit den alten Führern und ihren Söhnen und Töchtern könnte Afghanistan leicht wieder im gescheiterten Vor-Taliban-Status landen.

Mehr von Thomas Ruttig auf:
thrutrig.wordpress.com

Artikel aus der taz vom 15.08.2026.
Abdruck mit freundlicher Genehmigung
der taz – die tageszeitung.



Thomas Ruttig ist Afghanistan-Experte und Mitbegründer des unabhängigen Afghanistan Analysts Network Kabul/Berlin.

Wie Militär und Klimakrise die globale Gesundheit zerstören

Die Erosion des Völkerrechts ist nicht nur eine humanitäre, sondern eine Gesundheitskrise

Stella, Du hast Dich an der Erstellung des neuen Berichts der Global Climate and Health Alliance beteiligt. Der Report beschreibt Klimawandel und bewaffnete Konflikte als „sich gegenseitig verstärkende Polykrise“. Um welche Mechanismen geht es? Der Bericht zeigt, dass Klimawandel als „Bedrohungsverstärker“ wirkt: Er verschärft Ressourcenknappheit, vertieft soziale Ungleichheiten und untergräbt Governance – besonders in fragilen Staaten. Gleichzeitig beschleunigen Aufrüstung und bewaffnete Konflikte die Klimakrise, etwa durch militärische Emissionen (sie machen 5,5 % der globalen CO₂-Emissionen aus) oder die Zerstörung kritischer Infrastruktur wie Wasser- und Energiesysteme. Doch diese Wechselwirkung wird oft ignoriert, weil Klimapolitik und Friedenssicherung in getrennten Kontexten diskutiert werden. Dabei ist die Realität für Millionen Menschen bereits heute eine Polykrise: In der MENA-Region etwa verschärfen Dürren und Energieknappheit bestehende Spannungen, während Kriege wie in Gaza oder in der Ukraine die Klimaresilienz und Anpassung weiter schwächen.

Der Bericht zitiert den ICRC-Direktor Pierre Krähenbühl mit den Worten: „Wenn das, was wir in Gaza, im Ostkongo, im Sudan und in der Ukraine sehen, die Zukunft des Krieges ist, sollten wir alle extrem besorgt sein.“ Welche Auswirkungen hat die Erosion des Humanitären Völkerrechts für die globale Gesundheit? Die Zahl der Angriffe auf Gesundheitsversorgung ist alarmierend: 2024 dokumentierte die Safeguarding Health in Conflict Coalition 3.623 Angriffe – das ist ein Anstieg um 62 % seit 2022. In der Ukraine gab es 103 Angriffe auf Krankenhäuser und Transportfahrzeuge. Solche Verstöße gegen das Völkerrecht haben direkte Folgen: Zusammenbrechende Gesundheitssysteme, Ausbrüche von Krankheiten wie Cholera in Flüchtlingslagern oder die langfristige Kontamination von Böden und

Wasser. Ein Beispiel dafür ist der toxische „Schwarze Regen“ nach Angriffen auf Ölraffinerien im Iran. Besonders besorgniserregend ist, dass kritische Infrastruktur immer wieder gezielt angegriffen wird. Ohne funktionierende Wasser- und sanitäre Versorgung breiten sich Krankheiten schnell aus, und ohne Strom können viele essenzielle Funktionen in Krankenhäusern, von Versorgung bis Transport, oder auch die adäquate Lagerung von Medikamenten und Impfstoffen nicht sichergestellt werden. Die Erosion des Völkerrechts ist also nicht nur eine humanitäre, sondern eine Gesundheitskrise.

Militärische Emissionen sind von der Klimaberichterstattung ausgenommen. Was für Lösungsansätze kann es geben? Das Militär verursacht etwa 5,5 % der globalen Emissionen – eine Zahl, die während aktiver Konflikte explodiert. Die Operation „Epic Fury“ im Iran, die am 28. Februar 2026 begann, setzte z.B. in nur 14 Tagen fünf Millionen Tonnen CO₂ frei – das entspricht dem Ausstoß von 1,1 Millionen Autos pro Jahr. Doch diese Emissionen werden in den internationalen Klimaberichten nicht erfasst. Und ohne Transparenz ist keine wirksame Klimapolitik möglich. Der Bericht fordert wie die IPPNW eine verpflichtende Berichterstattung über militärische Emissionen in nationalen Klimaplänen, um die Rechenschaftspflicht zu stärken.

Der Report stellt fest, dass „80 % der humanitären Arbeit der WHO und 70 % der Krankheitsausbrüche, auf die sie reagiert, in Konfliktgebieten stattfinden“. Wie könnte eine integrierte Klimaschutz-, Gesundheits- und Friedensstrategie aussehen? Eine integrierte Strategie müsste drei Säulen haben. Erstens: Resiliente Gesundheitssysteme. Krankenhäuser, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, sind auch in Konfliktsituationen oder bei Extremwetter weniger anfällig. Zweitens: Klimaanpassung in Konfliktregionen.

Klimainvestitionen können den Frieden fördern, indem sie Ressourcenknappheit verringern und so Spannungen abbauen. Außerdem führt dies zu nachhaltigeren Lösungsansätzen. Drittens: Multilaterale Zusammenarbeit. Im *Lancet*-Bericht „Gesundheit, Konflikte und Vertreibung“ heißt es, dass 23 Milliarden US-Dollar benötigt werden, um die lebensbedrohlichsten Bedürfnisse zu decken – das wäre gerade mal ein Prozent der jährlichen weltweiten Militärausgaben. Hier braucht es eine Umverteilung von Mitteln – weg von der Rüstung, hin zur Prävention.

Wo gibt es die größten Hindernisse? Das größte Hindernis ist die Politisierung von Klimafinanzierung. Die USA etwa haben sich 2026 aus 66 internationalen Institutionen und Abkommen zurückgezogen – so z.B. aus der WHO und dem Pariser Abkommen. Solche Rückzüge untergraben nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch das Vertrauen in multilaterale Lösungen, und haben heute schon weltweit drastische Konsequenzen.

Der Bericht nennt den Südsudan als Beispiel, wo Klimakrisen und Konflikte sich gegenseitig verstärken... Der Südsudan ist ein Lehrbuchbeispiel. Die Klimafolgen hier sind massiv: Dürren und Überschwemmungen zerstören die Landwirtschaft: 7,8 Millionen Menschen litten 2023 unter Ernährungsunsicherheit. Die Ressourcenknappheit verschärft ethnische Spannungen, während bewaffnete Gruppen Gesundheitsinfrastruktur angreifen. In der Folge wurden seit 2023 14,5 Millionen Menschen vertrieben – viele leben in Lagern mit Cholera-Ausbrüchen und Mangelernährung.

Welche Lehren lassen sich aus solchen „Hotspots“ für die globale Politik ziehen? Der Report empfiehlt, dass Frühwarnsysteme Klimadaten mit Konfliktanalysen verknüpfen – etwa durch KI-gestütz-



te Vorhersagen von Dürren und deren Auswirkungen auf Migration. Eine wichtige Empfehlung ist meines Erachtens, lokale Gemeinschaften einzubinden: Sie kennen die Klimarisiken ihrer Region am besten – ihr Wissen sollte in Anpassungsstrategien einfließen. Und dann sollte Klimafinanzierung konfliktensibel sein: Gelder für Anpassung dürfen nicht in die Hände von Kriegsparteien gelangen, sondern müssen lokale Resilienz stärken. Ein Beispiel ist das Flüchtlingslager Za'atari (Jordanien), wo 80.000 Geflüchtete durch eine eigene Anlage mit Solarstrom versorgt werden. Das zeigt, wie Klimaschutzmaßnahmen als Investition in Frieden und Stabilität fungieren können.

Der Report fordert „integrierte, sektorübergreifende Ansätze“. Welche Schritte sollten Regierungen und NGOs als Erstes angehen? Zuvorderst fordert der Bericht, dass sowohl der Klimawandel als auch bewaffnete Konflikte als sich verstärkende Bedrohungen anerkannt werden, und Regierungen und NGOs sektorübergreifend an zukünftige Krisen herantreten müssen. Umweltrisiken sollten in alle Maßnahmen zur Konfliktprävention, Friedensförderung und Gesundheitsversorgung integriert werden, um Klimafolgen, gesundheitliche Verschlechterungen und Instabilität zu reduzieren.

Hier ein paar konkrete Beispiele: Der Report fordert u.a. klimaresiliente Gesundheitssysteme: Jedes neue Krankenhaus sollte seine Energieversorgung überdenken, und beispielsweise mit Solarenergie

betrieben werden – wie in Jordanien, wo 29% des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Dann müssen die militärischen Emissionen endlich in die Klimaberichte einfließen. Ohne diese Daten kann das die 1,5-Grad-Limit nicht eingehalten werden.

Außerdem können Friedensprozesse klimasensibel gestaltet werden: Im Jemen etwa müssen Wiederaufbaupläne nach dem Krieg kohlenstoffarme Infrastruktur priorisieren. Sonst besteht das Risiko, dass die Emissionen des Wiederaufbaus die Klimaziele zunichtemachen – wie in der Ukraine. Nach wissenschaftlichen Berechnungen aus dem März 2025 wird sich hier der Ausstoß von Treibhausgasen mit dem Wiederaufbau vervielfachen.

Wichtig ist es auch, lokale Gemeinschaften zu stärken und besonders gefährdete Gruppen aktiv in Entscheidungen zu Klima, Gesundheit und Frieden einzubeziehen. Nur so kann man lokale Widerstandsfähigkeit stärken und gerechtere, nachhaltige Lösungen fördern. Projekte in Kenia zeigen z.B., wie indigene Gruppen durch nachhaltige Landwirtschaft Konflikte um Land reduzieren können.

Was macht dir Hoffnung? Komplexe Krisen können überfordernd wirken – doch gerade ihre vielfältigen Ursachen bieten auch verschiedene Ansatzpunkte für Lösungen. Internationale Zusammenarbeit und ein gerechter Übergang zu einer klimafreundlichen Zukunft sind entscheidend für globale Stabilität, Resilienz und Frieden. Beson-

ders Gesundheitsfachkräfte können durch evidenzbasierte Aufklärung, politische Mitwirkung und persönliches Engagement dazu beitragen, die Zusammenhänge von Klimawandel, Gesundheit und Krieg sichtbar zu machen. Der Austausch auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene zeigt mir, wie viele Menschen unterschiedlichen Alters und aus verschiedenen Ländern gemeinsam an einer an einer gerechten und lebenswerten Zukunft arbeiten. Das gibt mir Hoffnung.

Trotz aller Krisen gibt es Erfolge: Die Pan-europäische Kommission für Klima und Gesundheit hat die WHO 2026 aufgefordert, die Klimakrise zur internationalen Gesundheitsnotlage zu erklären. Auch bei der diesjährigen WHA in Genf wurde Frieden als entscheidende Dimension von Klima und Gesundheit stärker sichtbar – unter anderem durch das IPPNW-Side-Event und verschiedene Sprecher*innen. Wie António Guterres treffend formuliert: „Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen destabilisiert sowohl das Klima als auch die globale Sicherheit.“ Die Polykrise lässt sich daher nur bewältigen, wenn wir Klimaschutz, Gesundheit und Frieden gemeinsam denken und angehen.

Global Climate and Health Alliance: Climate change, armed conflict, and global public health – a reinforcing cycle of harm (2026): ipnww.de/bit/GCHA

Stella Ziegler ist Mitglied des internationalen IPPNW-Vorstandes. Das Interview führte Regine Ratke.

Vom Rechtsgutachten zum Verbot

Wie das World Court Project den Weg zum Atomwaffenverbot ebnete

Als die Richter des Internationalen Gerichtshofs (IGH) am 8. Juli 1996 ihr Gutachten zur Legalität der Androhung und des Einsatzes von Atomwaffen verkündeten, ging es um weit mehr als eine juristische Stellungnahme.

Erstmals hatte das höchste Gericht der Vereinten Nationen die gefährlichsten Waffen der Menschheit völkerrechtlich bewertet. Dieses Gutachten hätte es ohne das sogenannte World Court Project – das auf internationaler Ebene vor allem von der IPPNW, IALANA und dem IPB vorangetrieben wurde – vermutlich nie gegeben. Zwar ließ das Gutachten manche Fragen offen, doch es setzte einen Prozess in Gang, der auch 30 Jahre später noch die Arbeit zur Abschaffung von Atomwaffen prägt. Heute zeigt sich, welche langfristige Bedeutung das damalige Verfahren hatte.

Es begann mit einer Frage

Die Idee zum World Court Project entstand in den 1980er-Jahren in Neuseeland. Der pensionierte Richter Harold Evans stellte eine einfache, aber folgenreiche Frage: Wenn das humanitäre Völkerrecht selbst konventionelle Waffen begrenzt, warum sollte ausgerechnet der Einsatz von Atomwaffen keiner rechtlichen Überprüfung unterliegen? Aus dieser Überlegung entstand zunächst eine Sammlung von Tausenden Unterschriften – und schließlich 1992 das World Court Project, dem sich weltweit Hunderte Organisationen anschlossen. Ziel war es, den IGH dazu zu bewegen, sich mit der Rechtmäßigkeit von Atomwaffen zu befassen – nicht als politische, sondern als rein rechtliche Frage. Die ehemalige Abrüstungsexpertin der IPPNW, Xanthe Hall, begleitete das damals das Projekt.

Während die IPPNW die gesundheitlichen Folgen eines Atomkriegs in den Mittelpunkt rückte und bei der Weltgesundheits-

organisation (WHO) für eine Anfrage an den Gerichtshof eintrat, arbeitete die IALANA daran, auch die UN-Generalversammlung für diesen Schritt zu gewinnen. Beide Wege führten schließlich nach Den Haag. Die Anrufung der WHO wurde jedoch abgewiesen, da der IGH die Rechtmäßigkeit von Atomwaffen nicht als Teil der Arbeit der WHO ansah.

Eine grundlegende Auseinandersetzung

Als der IGH 1995 die Anhörungen eröffnete, zeigte sich schnell, wie grundlegend die Debatte war. Atomwaffenstaaten argumentierten, nukleare Abschreckung sei eine politische Frage und entziehe sich einer juristischen Bewertung. Andere Staaten hielten dagegen, dass gerade Waffen mit unermesslichen humanitären Folgen dem Recht unterworfen sein müssten.

Besonders bewegend waren laut Xanthe Hall die Aussagen der Überlebenden: Die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki erinnerten eindringlich an das Leid der Einwohner*innen. Die Marshallin Lijon Eknilang schilderte die Folgen jahrzehntelanger Atomtests im Pazifik: Fehlgeburten, Missbildungen und Krankheiten, die Generationen überdauern. Solche Berichte machten deutlich: Hinter Begriffen wie „nukleare Abschreckung“ stehen immer konkrete menschliche Schicksale.

Das Gutachten: Ein Meilenstein

Am 8. Juli 1996 präsentierten die Richter des IGH schließlich ihr Gutachten zur Legalität von Atomwaffen. Es blieb hinter den Hoffnungen vieler Abrüstungsbefürworter*innen zurück. Der Gerichtshof erklärte Atomwaffen nicht unter allen Umständen ausdrücklich für rechtswidrig. Zum einen hatten Atomwaffenstaaten behauptet, es gebe Einsatzszenarien, die keine großen Schäden anrichten und bei denen zwischen Militär und Zivilpersonen unterschieden werden könne. Die Richter schrieben im Gutachten, dass die Staaten keine ausreichenden Informationen zu diesen angeblichen Optionen geliefert hätten – etwa dazu, wie eine Eskalation nach dem Ersteinsatz verhindert werden sollte. Dennoch wurde die Argumentation nicht wegen mangelnder Informationen abgewiesen; stattdessen erklärte sich der Gerichtshof für nicht zuständig, über diese Frage zu urteilen. Ebenso konnte der IGH nicht definitiv entscheiden, ob der Einsatz von oder die Drohung mit Atomwaffen in einer existenzbedrohenden Situation rechtmäßig oder unrechtmäßig wäre.

Gleichzeitig stellten die Richter klar: Der Einsatz von Atomwaffen oder die Androhung eines solchen unterliegen grundsätzlich den Regeln des humanitären Völkerrechts und sind mit diesen kaum vereinbar. Sie stünden generell im Wi-



derspruch zu den Regeln, die das internationale Recht – und insbesondere das humanitäre Völkerrecht – für bewaffnete Konflikte vorschreibt. Letztlich stärkt das Gutachten also die Position derer, die nukleare Drohungen oder Einsätze für unrechtmäßig halten, da es beides für generell völkerrechtswidrig erklärt – eine starke Aussage, auch wenn das Wort „generell“ und nicht „ausnahmslos“ gewählt wurde, weil der IGH die genannten Ausnahmen nicht abschließend bewertete.

Vom Gutachten zum Verbotsvertrag

Das IGH-Gutachten ist ein gewichtiges Dokument im Kampf gegen Atomwaffen. Langfristig, so Xanthe Hall, erwies sich eine Aussage als besonders bedeutsam, die damals wenig Aufmerksamkeit erhielt: Einstimmig bekräftigten die Richter die völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten, Verhandlungen über die vollständige nukleare Abrüstung in redlicher Absicht zu führen und erfolgreich abzuschließen. Diese Verpflichtung entspringt dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und wird seit jeher von den Atomwaffenstaaten eher schön geredet als erfüllt.

Um die Bekräftigung der Richter, dass die Verpflichtung zu internationalen Abrüstungsverhandlungen weiterhin bindend ist und nicht länger ignoriert werden sollte, entfaltete sich in den folgenden Jahren die direkteste Wirkung des Gutachtens. Denn trotz der Mahnung des IGH vergingen weitere 14 Jahre und zwei Überprüfungskonferenzen des NVV ohne substanzielle Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung. Als die Atomwaffenstaaten auf der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 erneut Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention ablehnten, kam die Idee für einen Verbotsvertrag auf. Dieser sollte ohne die besitzenden Staaten aufgebaut werden, die Norm gegen Atomwaffen stärken und den Druck für deren Abschaffung erhöhen.

2015 setzte die UN-Generalversammlung eine Arbeitsgruppe ein, die konkrete Maß-

nahmen zur Erreichung einer atomwaffenfreien Welt erörtern sollte. Diese empfahl der UN ein Jahr später tatsächlich Verhandlungen über einen rechtsverbindlichen Verbotsvertrag. Schließlich startete im März 2017 die erste Verhandlungsrunde zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV).

Mit der Verabschiedung des AVV im Sommer 2017 wurde eine Lücke geschlossen, auf die das Gutachten indirekt hingewiesen hatte: Erstmals wurden Entwicklung, Besitz, Stationierung, Weitergabe, Einsatz und Androhung des Einsatzes von Atomwaffen umfassend geächtet.

Vom Verbot zur Abschaffung

Doch der Weg vom Verbot zur Abschaffung bleibt lang. Die internationale Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren verschärft: Alle Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenale, die meisten rüsten sogar quantitativ auf. Nukleare Drohungen durch Russland und die USA haben die Risiken atomarer Eskalation erneut ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Gleichzeitig wird in Europa wieder offen über nukleare Abschreckung diskutiert; Gespräche über eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich konkretisieren sich derzeit in gemeinsamen Atomwaffenübungen.

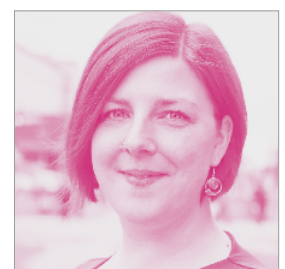
Gerade in dieser Situation erhält das Vermächtnis des World Court Project neue Aktualität. Die Initiative hat gezeigt, dass scheinbar unverrückbare Gewissheiten verändert werden können, wenn Zivilgesellschaft, Wissenschaft und engagierte Staaten gemeinsam handeln. Wenn wir das Ziel einer atomwaffenfreien Welt verfolgen, dann müssen wir das internationale

Rechtssystem einbeziehen und nutzen – nicht, obwohl das Völkerrecht aktuell unter Druck steht, sondern gerade deshalb. Gemeinsam müssen wir es verteidigen, fördern und ausbauen.

Inzwischen unterstützen 100 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag, davon 75 als Mitglieder. Vom 30. November bis 4. Dezember 2026 tritt nun erstmals die Überprüfungskonferenz des Vertrags zusammen. Nach bereits drei Vertragsstaatenkonferenzen wird sie Bilanz ziehen und über die weitere Umsetzung des Vertrags beraten. Angesichts wachsender Spannungen und atomarer Rhetorik wird sie mehr sein als ein diplomatisches Treffen: Sie bietet die Chance, den normativen Anspruch des Verbots zu bekräftigen und den Blick wieder auf das eigentliche Ziel zu richten – die vollständige Abschaffung aller Atomwaffen.

Vor 30 Jahren bewies das World Court Project, dass eine mutige Idee das internationale Recht verändern kann. Der Weg zu einer atomwaffenfreien Welt beginnt nicht erst mit der Abrüstung, sondern bereits mit der Überzeugung, dass das Recht stärker sein muss als die Logik der Abschreckung.

Den Bericht über das World Court Project von Xanthe Hall finden Sie unter: ippnw.de/bit/wcp



Juliane Hauschulz ist Referentin für nukleare Abrüstung der IPPNW.



APPLAUS UND TRÄNEN BEI DER VERABSCHIEDUNG DES ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAGS AM 7. JULI 2017 IN NEW YORK

Harvard-Studie bestätigt erhöhtes Krebsrisiko

Deutlich erhöhte Krebssterblichkeit in der Umgebung von US-Atomkraftwerken

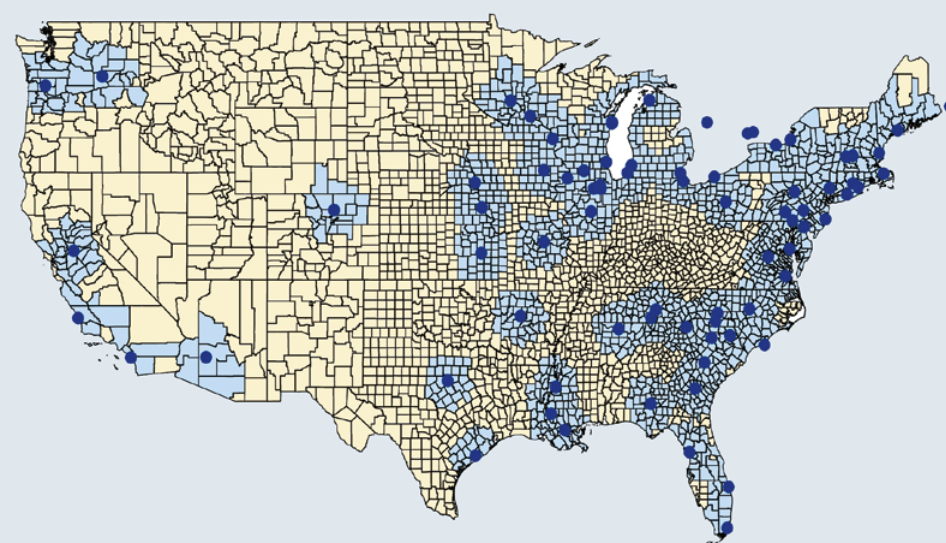
Die USA sind der größte Produzent von Atomenergie – zum 1. August 2023 waren dort 93 kommerzielle Kernreaktoren in 54 AKW in Betrieb – das Durchschnittsalter der Reaktoren liegt bei 42 Jahren. Eine neue Studie der Harvard Medical School belegt: Wer in der Nähe von AKW lebt, hat ein messbar höheres Krebsrisiko. Die Ergebnisse bestätigen die deutsche KiKK-Studie von 2007.

Die landesweite Studie von Alwadi et al. hat die Krebssterblichkeit im Umkreis von bis zu 200 Kilometern um alle 93 aktuell betriebenen Atomkraftwerke in den USA für die Jahre 2000 bis 2018 untersucht. Die Ergebnisse sind alarmierend:

» Schon ab 50 Kilometer Entfernung zu einem AKW lässt sich ein messbarer Anstieg der Krebssterblichkeit nachweisen.

» Je näher Menschen an einem AKW wohnen, desto höher ist ihr Risiko, an Krebs zu erkranken und daran zu sterben. Bei Frauen und Männern, die in unmittelbarer Nähe leben, steigt das Risiko um bis zu 20 Prozent.

» Alle Altersgruppen zwischen 35 und über 85 Jahren sind betroffen, besonders stark jedoch Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren (+2,1 %) und Männer zwischen 65 und 74 Jahren (+2,0 %).



USA: Geografische Verteilung der AKW und der Landkreise im Umkreis von 200 km um AKWs, die zwischen 1980 und 2018 mindestens ein Jahr lang in Betrieb waren.

Grafik aus: National analysis of cancer mortality and proximity to nuclear power plants in the United States, Nature Communications, 2026

» Die Regressionskoeffizienten für 55-64-jährige Frauen von 0,74 und von 0,7 für 65-74-jährige Männer bedeuten einen starken bis sehr starken Zusammenhang zwischen der Nähe des Wohnortes zu einem Kernkraftwerk und der zu erwartenden Krebshäufigkeit.

Die Daten stammen von den Centers for Disease Control, den Gesundheitsbehörden der betroffenen Regionen. Der Anstieg der Krebssterblichkeit bei Frauen bis 64 und Männern bis 74 Jahren lässt sich damit erklären, dass diese Gruppen in ihrem Leben bereits länger der Strahlung ausgesetzt waren. Bei älteren Anwohner*innen sinkt das Risiko wieder – vermutlich, weil in ihren jungen, strahlensensiblen Jahren noch keine AKWs in Funktion waren.

Ursache: Radioaktive Strahlung aus AKWs

Dass die von AKWs ausgehende – wenn auch geringe – ionisierende Strahlung aus radioaktiven Partikeln in der Abluft für den Anstieg von Krebsfällen und Todesfällen verantwortlich ist, gilt als wissenschaftlich plausibel und sehr wahrscheinlich. Denn: Es gibt keinen unteren Schwellenwert für die Krebs-verursachende Wirkung ionisierender Strahlung. Selbst kleine Dosen können Krebs auslösen.

Die Strahlung kann die Chromosomen in den Zellen schädigen. Besonders gefährdet sind dabei die Spindelfasern, die während der Zellteilung dafür sorgen, dass die Chromosomen korrekt auf die Tochterzellen verteilt werden. Werden diese Fasern beschädigt, können Chromosomen brechen oder

unvollständig weitergegeben werden. Solche Fehler – sogenannte chromosomale Aberrationen – finden sich in allen 80.550 in der internationalen Mitelman-Datenbank erfassten malignen Tumoren. Diese Schädigungen gelten als eine der Hauptursachen für die Entstehung von Krebs.

Bestätigung der KiKK-Studie

Schon 2007 hatte die deutsche KiKK-Studie, eine Fallkontrollstudie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken, einen Zusammenhang zwischen AKW-Nähe und Krebs bei Kindern nachgewiesen. Damals wurde das Vorkommen von Leukämie bei unter 5-Jährigen in einem Fünf-Kilometer-Umkreis um 16 deutsche AKWs zwischen 1980 und 2003 untersucht. Von 1.592 Kindern in AKW-Nähe erkrankten 593 an Leukämie. In der Kontrollgruppe von 4.735 Kindern, die weiter entfernt lebten, waren es nur 1.633 Fälle. Das entspricht einem statistisch signifikant um das 1,4- bis 1,5-Fache erhöhten Risiko für Kinder, die innerhalb von fünf Kilometern um ein AKW leben.

Kinder sind besonders gefährdet

Dass vor allem Kinder betroffen sind, ergibt sich wissenschaftlich plausibel aus ihrer höheren Strahlenempfindlichkeit: Sie entwickeln sich noch und haben eine höhere Zellteilungsrate als Erwachsene. Da sich die Zellen im Knochenmark besonders schnell teilen, entstehen vor allem Leukämien. So kam es auch wenige Monate nach den Atombomben-Abwürfen über Hiroshima und Nagasaki 1945 in der Region zu einem drastischen Anstieg des Vorkommens von Leukämien. Krebsverursachende Chromosomen-Aberrationen entstehen vor allem während der Zellteilungen. Daher ist das Knochenmark von Kindern besonders strahlenempfindlich.

Alwadi, Y., Alahmad, B., Vieira, C.L.Z. et al.: National analysis of cancer mortality and proximity to nuclear power plants in the United States. *Nature communications* (2026) 17:1560-69.

Kaatsch et al.: Leukämien bei unter 5-jährigen Kindern in der Umgebung deutscher Kernkraftwerke. *Deutsches Ärzteblatt* (2008) 105:725-732.

Prof. Dr. med. Alfred Böcking
ist Cytopathologe und
IPPNW-Mitglied aus Berlin.



Was steckt wirklich hinter SMR?

Seit geraumer Zeit werden sogenannte Small Modular Reactors (SMR) von Befürworter*innen als die Zukunft der Atomenergie beschrieben. Im März 2026 hat die Europäische Kommission eine SMR-Strategie vorgelegt. Dies geschieht, obwohl die Versprechen von Standardisierung, Serienfertigung und Wirtschaftlichkeit in der Fachdebatte seit Jahren erheblichen Zweifeln begegnen. Auch in Deutschland gewinnt die Debatte über eine mögliche Renaissance der Atomenergie in Teilen der Politik wieder an Sichtbarkeit.

Die Fachtagung „Kleine Reaktoren, große Fragen“ fragt danach, was hinter dem politischen Rückenwind für SMR steckt. Im Mittelpunkt stehen die dahinterliegenden Interessen, Förderstrukturen und energiepolitischen Zielsetzungen sowie die Frage, wer von dieser Entwicklung profitiert.

Diskutiert werden die Auswirkungen einer politischen Priorisierung von SMR auf Energiewende, Investitionsentscheidungen und die Thematik realer Energieunabhängigkeit. Zudem beleuchtet die Tagung, welche Fragen sich für Atommüll, Zwischenlagerung, Endlagerung, Sicherheit und internationale Kontrolle ergeben, wenn die politischen Pläne für SMR konsequent zu Ende gedacht werden.

**Tagung: Kleine Reaktoren, große Fragen:
Was steckt wirklich hinter SMR?**
**20. November 2026 von 11 bis 16:30
Uhr, Pavillon am Raschplatz, Hannover**
Anmelden unter: ipnww.de/bit/smr



Foto: Sabine Scheffer/Umbruch Bildarchiv



Foto: Sabine Scheffer/Umbruch Bildarchiv



Diese und weitere Fotos finden Sie im
Umbruch-Bildarchiv: umbruch-bildarchiv.org

Wedding ohne Waffen – gemeinsam gegen Krieg!

Protest gegen den Start der Rüstungsproduktion von Rheinmetall in Berlin

Mehrere tausend Menschen protestierten am 11. Juli 2026 gegen den Start der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall im Wedding. Im ehemaligen Pierburg-Werk an der Scheringstraße soll ab diesem Sommer wieder Artilleriemunition vom Band laufen – zum ersten Mal seit 1945 in Berlin. Die Demonstration war Teil von Aktionstagen mit einem antimilitaristischen Protestcamp, Kundgebungen vor dem Jobcenter, dem Rheinmetall-Werk und dem DRK-Klinikum in Berlin-Mitte sowie weiteren spontanen Aktionen. Zur Demonstration „Wedding ohne Waffen – gemeinsam gegen Krieg“ hatte das „Berliner Bündnis gegen Waffenproduktion“, bestehend aus über 30 Gruppen, aufgerufen. In seinem Aufruf forderte das Bündnis: „Unser Kiez braucht bezahlbare Mieten und Lebensmittel, gute Sozial- und Gesundheitsvorsorge und echte Möglichkeiten zur Beteiligung. Wir verlangen den Erhalt der Arbeitsplätze im Wedding durch die Umstellung auf eine Produktion, die unsere tatsächlichen Bedürfnisse decken würde. Wir fordern: 500 Milliarden für Gesundheit, Bildung und Soziales!“ Text: Umbruch Bildarchiv



Foto: Björn Obmann/Umbruch Bildarchiv



Foto: Björn Obmann/Umbruch Bildarchiv

Für Spannungsabbau und Risikoreduktion

— In einem neuen Policy Paper fordert die IPPNW einen Strategiewechsel in der Ukrainepolitik —

Die IPPNW Deutschland plädiert für einen Strategiewechsel von Bundesregierung und EU in ihrer Ukrainepolitik und fordert ein Ende der diplomatischen Blockade. Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Regierung. Um ernsthaft Verantwortung für die Rückkehr zum Frieden zu übernehmen, reicht es jedoch nicht, nur auf Aufrüstung und Sanktionen zu setzen. Die humanitären Folgen des Krieges sind gravierend. In dem seit mehr als vier Jahren andauernden Ukrainekrieg sind einer Studie des Zentrums für Strategische und Internationale Studien zufolge mehr als zwei Millionen Soldaten auf beiden Seiten getötet, verletzt oder als vermisst gemeldet worden.

Die Gefahren der Aufrüstungspolitik

Politik und Medien verengen den Diskurs zunehmend auf die ausschließlich militärische und gewaltsame Lösung von Konflikten. Das schränkt den strategischen Handlungsraum der Bundesregierung ein – sowohl mit Blick auf die Verhandlungen im Ukrainekrieg, Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie auch mit Blick auf Spielräume im Haushalt.

Die gegenwärtige massive konventionelle Aufrüstung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern verstärkt im Gegenteil die militärischen Spannungen, provoziert ein gefährliches Wettrüsten und erhöht die allgemeine Kriegsgefahr. Damit steigt auch die Gefahr der Eskalation zu einem Atomkrieg. Wie real diese Gefahr gegenwärtig ist, zeigt die Tatsache, dass Russland 2022 den Einsatz von Atomwaffen erwogen hat.

Mit ukrainischen Drohnen über NATO-Gebiet in den baltischen Staaten, den zunehmenden beiderseitigen Angriffen auf

zivile Infrastruktur mit sogenannten „Deep Strikes“ und der Involvierung der Bundesregierung durch die „strategische Partnerschaft“ mit der Ukraine, die gemeinsame Rüstungsprojekte beinhaltet, steigt die Eskalationsgefahr im Ukrainekrieg enorm. Ein Missverständnis, verirrte Flugkörper oder gezielte Störmanöver könnten den Bündnisfall auslösen.

Die Entspannungspolitik unter Egon Bahr und Willi Brandt beruhte auf dem Prinzip einer friedensfähigen Politik, abgeleitet von Kennedys „Strategie für Frieden“. Dieses Denken beinhaltet die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, zur Berücksichtigung der Interessen des Gegners und dem Aufbau überprüfbarer vertrauensbildender Maßnahmen. Diese Prinzipien machten die Entspannungspolitik erfolgreich.

Wege zu Verhandlungen

Verhandlungen stellen statistisch gesehen die wahrscheinlichste Chance für eine nachhaltige Beendigung des Krieges dar. In vielen Konflikten wurde bereits verhandelt, während noch Krieg geführt wird. Dies ist auch jetzt im Interesse der Menschen in der Ukraine, um Tote und die weitere Zerstörung der Ukraine zu verhindern. Bei den Verhandlungen zwischen ukrainischen und russischen Teams in Istanbul im März 2022 waren die Konfliktparteien einem Verhandlungsfrieden schon relativ nah.

Die UN-Charta verbietet nicht nur den Einmarsch in andere Staaten, sondern fordert auch eine friedliche Lösung kriegesischer Konflikte. Der 2+4-Vertrag, dem Deutschland seine Wiedervereinigung verdankt, gebietet in seiner Präambel und Artikel 2 wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung sowie, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Die aktuelle Militarisierung der

Gesellschaft und das Festhalten an der atomaren Abschreckung stehen im Widerspruch zur notwendigen Deeskalation.

Internationale Friedensvorschläge: Ansätze für eine Deeskalation

Es gibt mehrere Vorschläge zur Beendigung des Ukrainekrieges, auf die sich die Bundesregierung und die EU beziehen könnten. Die Bundesregierung könnte zum Beispiel die chinesisch-brasilianischen Vorschläge aus dem Jahr 2024 aufgreifen, die von der Schweiz unterstützt werden. Darin wurde unter anderem eine Absage an den Einsatz von Atomwaffen, die Vermeidung von Angriffen auf zivile Ziele und die Lösung der humanitären Krise als wichtige Aspekte einer Friedenslösung vorgeschlagen. Zudem werden der Einsatz von Massenvernichtungswaffen und Angriffe auf Atomanlagen verurteilt. Es müssten alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und eine atomare Krise zu vermeiden.

Europas Rolle: Eigenverantwortung statt Abhängigkeit von den USA

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die EU-Staaten öffentlich aufgefordert, einen eigenen Beauftragten für Friedensverhandlungen zu benennen. Er argumentiert, Europa müsse bei Verhandlungen über die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung eine sichtbare und eigenständige Stimme haben. In Deutschland hat sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Armin Laschet, für einen EU-Sondergesandten für Russland ausgesprochen. Europa solle seine Positionen selbst vertreten und nicht ausschließlich über die USA kommunizieren. Direkte Kontakte zu Moskau seien besser als eine indirekte „stille Post“ über amerikanische

Vermittler. Doch die EU hat bisher keinen Chefverhandler für mögliche Ukraine-Friedensgespräche mit Russland ernannt, da führende Mitgliedsstaaten – darunter Deutschland – den Vorschlag ablehnten.

Die IPPNW plädiert für die Ernennung eines Sondergesandten für die Ukraine und Russland. Mögliche Verhandlungsergebnisse im Ukrainekrieg haben erhebliche Folgen für die Sicherheit Deutschlands und Europas. EU-Staaten sind unmittelbar vom Krieg betroffen und sollten deshalb nicht nur Zuschauer oder Unterstützer sein, sondern selbst am Verhandlungstisch sitzen. Ein Sondergesandter könnte europäische Vorschläge unmittelbar an den russischen Präsidenten übermitteln, statt auf Vermittlung durch den unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump angewiesen zu sein.

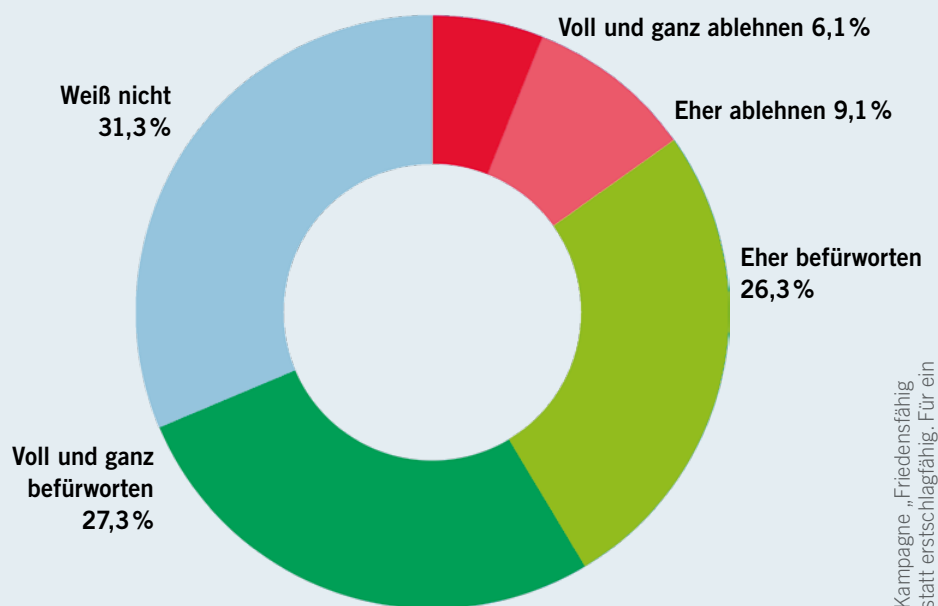
Erst kürzlich hat die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel von Europa mehr diplomatische Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland gefordert. Sie halte es für nicht ausreichend, wenn nur US-Präsident Trump den Kontakt zu Russland halte, und bedauere, dass Europa sein diplomatisches Potenzial nicht ausreichend einsetze.

Konkrete Schritte: Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen

Die EU sollte die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Leitung der USA durch eigene diplomatische Vorschläge konstruktiv begleiten. Deutschland solle sich zudem innerhalb der NATO für ein gesichertes Ende der NATO-Osterweiterung einsetzen, eingebettet in das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit, das sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch jene der Ukraine berücksichtigt (Punkt Sieben im 28-Punkte-Plan zwischen den USA und Russland vom November 2025).

Auch Anatol Lieven, Direktor des Eurasien-Programms am „Quincy Institute for

Ergebnisse der YouGov-Umfrage (06/2026): „Würden Sie es befürworten oder ablehnen, wenn sich die Bundesregierung für neue internationale Vereinbarungen zur Begrenzung landgestützter Mittelstreckenwaffen einsetzen würde?“



Responsible Statecraft“, hält den Zeitpunkt für realistische Verhandlungen gekommen. Russland und die Ukraine könnten den Krieg nicht gewinnen. Europa dürfe die Initiative nicht der unberechenbaren Trump-Regierung überlassen.

Die IPPNW spricht sich für Verhandlungen über sukzessive Schritte nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen Russland und den USA aus. Sie sollten Teil des Verhandlungspakets sein. Deutschland sollte sich für die Aushandlung umfassender Nachfolgeabkommen zum INF-Vertrag einsetzen, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern. Eine vertrauensbildende Maßnahme könnte beispielsweise ein Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland sein. In einer von der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage durch YouGov sprachen sich 54 Prozent der Befragten für den Einsatz der Bundes-

regierung für neue internationale Vereinbarungen zur Begrenzung landgestützter Mittelstreckenwaffen aus.

Das IPPNW-Policy-Paper zum Ukrainekrieg wendet sich mit Vorschlägen für (nukleare) Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen an die Politik und die Friedenswissenschaft. Instrumente der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden auf die heutige Situation übertragen und konkrete Vorschläge und Empfehlungen für Spannungsabbau und Risikoreduktion vorgestellt:

ippnw.de/bit/policy



Angelika Wilmen
ist Geschäftsstellenleiterin und Friedensreferentin der IPPNW.

Aufrüstung für Großmachtkriege

Die Nationale Militärstrategie wurde im April 2026 veröffentlicht

Großspurig präsentierte Verteidigungsminister Boris Pistorius im April 2026 gleich im Vorwort mit der „ersten Militärstrategie in der Geschichte der Bundesrepublik“ zentrale „Antworten auf die sicherheitspolitische Lage.“ Allerdings wurden sowohl die Militärstrategie selbst als auch das aus ihr abgeleitete Fähigkeitsprofil als geheim eingestuft, lediglich eine relativ vage Zusammenfassung beider Dokumente wurde unter dem Titel „Gesamtkonzeption militärische Verteidigung. Verantwortung für Europa“ veröffentlicht. Prägend ist dabei das Bestreben, die Bundeswehr per Strategie, Struktur und Bewaffnung auch unabhängig von den USA für künftige Großmachtkriege in Stellung zu bringen.

Führungsansprüche und Angriffsdoktrin

Was in der Gesamtkonzeption in erster Linie durchscheint, sind ungeschminkte Führungsansprüche, die in dem 40-seitigen Dokument, das dazu noch unzählige großformatige Bilder enthält, gefühlt auf jeder zweiten Seite auftauchen. So schreibt Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer im Vorwort: „Die Militärstrategie folgt dem Gedanken, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas in einer komplexer und schärfer werdenden Bedrohungslage eine Führungsrolle in der NATO übernehmen muss und wird, auch militärisch. Sie ist Zeichen eines Paradigmenwechsels und untermauert unseren Gestaltungsanspruch,“ heißt es in der Gesamtkonzeption.

Dafür wird auch hier das Ziel ausgegeben, die Bundeswehr spätestens bis – ausgerechnet – 2039 zur „zur stärksten konventionellen Armee in Europa auszubauen.“

Hierfür soll die Bundeswehr strikt auf die „Befähigung zu Multi-Domain Operations“ (MDOs) ausgerichtet werden, die „zur Erzielung von Effekten“ absolut „essenziell“ seien. Im Prinzip läuft das MDO-Konzept recht simpel darauf hinaus, dass eine optimale Schlagkraft dann entfaltet werden kann, wenn teilstreitkräfteübergreifend in allen Dimensionen – Land, Luft (und Welt-raum), Maritim, Cyber – gleichzeitig, vernetzt und mit hohem Tempo angegriffen werden kann.

Zentral ist dabei auch die Fähigkeit für Schläge tief im gegnerischen Raum (Deep Precision Strikes), woraus sich das vehemente Interesse erklärt, schnellstmöglich an hierfür „ideal“ geeignete Mittelstreckenwaffen zu gelangen. Mit ihnen soll die durch feindliche Abwehrriegel (A2/AD) mittlerweile verlorene Lufthoheit zurück-erlangt werden, was aber mit Verteidigung im engeren Sinne herzlich wenig mehr zu tun hat: „Vom Begriff her beschreibt Multi-Domain-Operations die Antwort [...] auf Anti-Access/Area-Denial [A2/AD], wie wir es zum Beispiel im Oblast Kaliningrad sehen oder im Südchinesischen Meer. Es geht darum, dass potenzielle Gegner verschiedene Szenarien aufgebaut haben mit einer Vielzahl an verschiedenen Flugkörpertypen, mit unterschiedlichen Reichweiten, die es modernen Luft- und Seestreitkräften sehr schwer bis unmöglich machen, in diesem Bereich überhaupt zu operieren, ohne massive Verluste einzukalkulieren,“ so Korvettenkapitän Alexander Heinrich in einem Interview auf „Bundeswehrverband“ am 01. 11. 2022.

All das geschieht selbstredend immer nur mit den besten – rein defensiven – Absichten. Das Problem ist aber, dass sich der

Gegner darauf nicht verlassen kann, wodurch gefährliche Rüstungsspiralen weiter befeuert werden. Scharf geht Johannes Varwick, Politikprofessor in Halle, mit der MDO-Doktrin ins Gericht:

„Angriff scheint inzwischen vielen die beste Verteidigung und gilt zunehmend als neues Mantra der Sicherheitspolitik. [...] Wer sicherheitspolitisch handlungsfähig bleiben will, muss in der Lage sein, einem potenziellen Gegner frühzeitig massiven Schaden zuzufügen. Ein Verzicht auf offensive Mittel und Fähigkeiten sei in einer gefährlicher werdenden Welt unrealistisch, so das Argument. Was dabei aus dem Blick gerät, ist die daraus resultierende Eskalationsdynamik. [...] Kern dieses Konzepts [der MDOs] ist es, mit maximaler Wirkung und minimaler Reaktionszeit zuschlagen zu können – selbstverständlich im Namen der Abschreckung. [...] Wenn aber zunehmend Fähigkeiten geschaffen werden, mit denen man den Gegner überraschend und gezielt schwächen kann – etwa durch Erstschläge auf Raketensysteme, noch bevor diese starten –, dann entsteht auf der anderen Seite ein enormer Druck, selbst früher zu handeln. Die Folge wird ein Wettlauf sein, bei dem jede Seite versucht, der anderen zuvorkommen – aus Angst, überrascht zu werden. Selbst wer Verteidigungsfähigkeit und Abschreckung grundsätzlich für notwendig hält, muss die Nebenwirkungen dieser Entwicklung sehen,“ erklärte Varwick im „Freitag“ vom 23. Oktober 2025.

Strukturen und Waffen für Großmachtkriege

Früher waren Weißbuch und Konzeption der Bundeswehr die Grundlage, um dann



Grafik: mammut

eingesetzt. Quantität ist günstig zu schaffen und wird zu einer eigenen Qualität. Der offensive Masseneinsatz einfach produzierbarer und kostengünstiger Systeme, die in Verbindung mit Hochwertressourcen eingesetzt werden, erzeugt deutliche Vorteile. Fragen der Ökonomie des Krieges gewinnen wieder an Relevanz. Für den Erfolg ist es entscheidend, diesen kombinierten Einsatz über die Dauer des Krieges hinweg aufrechterhalten zu können.“

Die Bundeswehr und die NATO 3.0

Offiziell wird dieser Rüstungsschub damit begründet, dass die USA unter dem Stichwort einer „NATO 3.0“ auf eine umfassende Verlagerung der militärischen Aufgabenteilung in Richtung der Europäer drängen: „Auf dieser historisch beispiellosen Übernahme von Verantwortung für Europa wird Deutschland aufbauen. Die NATO muss europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben,“ heißt es in der Gesamtkonzeption.

Allerdings ist es keineswegs so, dass die Bundesregierung hier gegen ihren Willen zur Aufrüstung gezwungen werden muss – im Gegenteil. Vielmehr ist der Verweis auf die USA in doppelter Hinsicht nützlich: Als Aufrüstungsrechtfertigung, um die USA durch die Übernahme größerer militärischer Anteile in der NATO zu halten; oder, um deren Fähigkeiten bei einem kompletten Abzug zu kompensieren und notfalls auf Konfrontation umschalten zu können. Egal, wie man Trump also dreht und wendet, am Ende kommt eine massive deutsche Aufrüstung heraus, die – sehr zum Missfallen Washingtons – nicht dazu genutzt wird, um in den USA auf Einkaufstour zu gehen, sondern dazu, den hiesigen Konzernen irrwitzige Milliardenbeträge zuzuschustern.

Quellen zu diesem Artikel unter:
ipnww.de/bit/militaerstrategie

Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler und geschäftsführender Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen.



– zuletzt 2018 – im Fähigkeitsprofil konkrete Vorgaben für die Zusammensetzung der Truppe abzuleiten. Diesmal wollte man aber, so Pistorius und Breuer in einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Militärstrategie, auf „Kästchenkunde“ verzichten. In dem nun in „Plan für die Streitkräfte“ umbenannten Fähigkeitsprofil fehlt zumindest im öffentlichen Teil tatsächlich so gut wie jeder Hinweis, wie sich die Truppe künftig aufstellen soll. Enthalten ist lediglich die Absicht, die Bundeswehr strukturell auf die neue MDO-Doktrin auszurichten: „Die Fähigkeit zur nationalen Planung und Führung von Operationen ist auf operativer Ebene sicherzustellen. Die beinhaltet auch die Führung von Multi-Domain Operations sowie die darin enthaltene Aufgabe zur dimensionsübergreifenden Führung von Deep Precision Strikes“ (Gesamtkonzeption).

Allerdings ist davon auszugehen, dass sich im geheimen Teil durchaus Details zur künftigen Struktur der Truppe finden dürften. Am stärksten dürfte das Heer umgekrempelt werden – in welche Richtung, darüber gab die „Zielvorstellung Heer

2035“ Aufschluss, über die Im Mai 2026 im Reservistenmagazin loyal berichtet wurde: Neben künftig zwei Heimatschutzdivisionen, dem Kommando Spezialkräfte und einer mit Mittelstreckenwaffen ausgerüsteten „Multi-Domain Task Force“ soll es zwei schwere, eine gemischte (aus mittleren und leichten Kräften) und eine Korps-Truppen-Division geben. Bereits im Dezember 2025 berichtete dasselbe Magazin über die „Gesamtübersicht Zielvorstellung Einsatzkräfte Heer“, derzufolge die Teilstreitkraft von aktuell 65 auf 107 (2029) und dann 150 (2035) Bataillone anwachsen soll (wodurch allein schon die bisher ausgegebenen Zielgrößen gesprengt würden). Zudem soll der Bestand an Kampf- und Schützenpanzern von 1.000 (Stand 2025) auf 3.000 Exemplare (2035) steigen (Leopard 2, Marder, Puma, Schakal und der neue Schwere Waffenträger), die Artilleriesysteme von 150 auf 1.350 (PzH 2000, RCH 155 und MARS 3) und der sonstige Fuhrpark von 5.300 auf 60.000 Fahrzeuge.

Eine andere hitzig diskutierte Frage wird in der Militärstrategie tatsächlich adressiert, nämlich, ob eher in „klassische“ Rüstungsgüter (z.B. Panzer) oder in „moderne“ (und Großteils in Masse produzierte) High-Tech-Produkte (z.B. Drohnen) investiert wird. Dabei gibt es einflussreiche Stimmen auf beiden Seiten, was mit daran liegen dürfte, dass absehbar augenscheinlich eine teure Sowohl-als-auch-Beschaffung verfolgt werden soll. Aus der Gesamtkonzeption militärische Verteidigung ist zum Beispiel herauszulesen, dass „klassische“ und „moderne“ Systeme zunehmend integriert werden sollen: „Systeme werden immer schneller und kostengünstiger produziert und multidimensional



Jürgen Wagner:
Kriegstüchtig an allen Fronten.
Kanonen statt Butter – Rüstung durch Sozialabbau

Paperback, ca. 300 Seiten. Erscheint im September 2026 bei Papyrossa, ISBN 978-3-89438-873-7

Warum wir ein neues Helsinki brauchen

Der Krieg ist zurück in Europa – warum wir trotzdem auf Diplomatie setzen müssen

Gut 50 Jahre nach der KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem August 1975 gibt es eine Renaissance von Gewalt in den internationalen Beziehungen: So viele, so intensive und so lang andauernde Konflikte wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Der Krieg ist zurück in Europa. Dieser ist blutig in der Ukraine, aber auch wirkmächtig darüber hinaus: Es droht ein Kalter Krieg 2.0 – geprägt von wirtschaftlicher Entkopplung, Wohlstandsverlusten, Aufrüstungsorgien und regional begrenzten, aber verlustreichen Stellvertreterkriegen.

Die historischen Rahmenbedingungen der aktuellen Sicherheitspolitik sind heute grundlegend andere als in der Phase der Ost- und Entspannungspolitik von den frühen 1960er Jahren bis zur deutschen Einheit 1990. Geschichte wiederholt sich nicht – aber manchmal reimt sie sich. Das damalige Leitkonzept der Entspannungspolitik lautete „Wandel durch Annäherung“. Es war umstritten, aber außerordentlich erfolgreich: Von der KSZE-Schlussakte von Helsinki im August 1975 bis zur Charta von Paris 1990, mit der der Westen den Systemgegensatz des Kalten Krieges gewissermaßen für sich entschied.

Diese Zeiten sind vorbei. Noch gibt es keine direkte militärische Konfrontation zwischen den Großmächten. Aber aus dieser Entwicklung können rasch auch heiße Kriege zwischen ihnen entstehen, die eskalieren und sich ausweiten. Die Alternative zu dieser Dynamik ist eine zu erarbeitende Form „friedlicher Koexistenz“: Großmächte kooperieren begrenzt und verständigen sich auf einen

unbefriedigenden, aber stabilen Status quo. Im Ost-West-Konflikt nannte man das „antagonistische Kooperation“. Man hat damals konsequent in strategischen Zusammenhängen gedacht. Und es gab eine ethisch fundierte Realpolitik, die Interessenausgleich nicht diffamierte, sondern trotz unvereinbarer Werte aktiv suchte.

Was bedeutet dies für die aktuelle Lage im Krieg gegen die Ukraine? Niemand kann heute verlässlich prognostizieren, wann und wie der Krieg endet. Klar ist nur: Es gibt in keine guten Optionen mehr. Für die in Trümmern liegende europäische Sicherheitsarchitektur bedeutet das: Selbst eine Minimalstabilisierung gelingt nur, wenn der Krieg in der Ukraine nicht zu einem Krieg um die Ukraine eskaliert.

Die beschriebene Entwicklung vollzieht sich in einer Lage, in der die internationale Rüstungskontrolle in einer tiefen Krise steckt. In wenigen Jahren sind zentrale Pfeiler der bestehenden Ordnung weggebrochen oder ausgehöhlt worden. Mit dem Auslaufen von New START am 5. Februar 2026 ist auch das letzte bilaterale Abkommen zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen zwischen den USA und Russland entfallen. Parallel dazu erreichen die weltweiten Militärausgaben Rekordhöhen; neue Technologien – Hyperschallwaffen, Cyberfähigkeiten, militärische Anwendungen künstlicher Intelligenz – verschärfen den Wettbewerb und eröffnen neue Angriffsoptionen.

Viele Regeln der klassischen Rüstungskontrolle stammen aus der Logik eines im Kern bipolaren Systems, in dem strategische Stabilität vor allem zwischen Washington und Moskau organisiert wurde. Heute ist das internationale System unübersichtlicher; neben den USA und Russland spielt insbesondere China militärisch und nuklear eine immer größere Rolle. Ausgangspunkt für Rüstungskontrolle ist nicht politische Harmonie, sondern die Einsicht,



UNTERZEICHNUNG
DER KSZE-SCHLUSSAKTE

BILATERALES TREFFEN:
GENERALSEKRETÄR BRESCHNEW
UND US-PRÄSIDENT FORD IN HELSINKI,
BEGLEITET VON DEN AUSSENMINI-
STERN HENRY KISSINGER UND
ANDREJ GROMYKO, 30. 07.1975



dass sich auch Rivalen freiwillig Regeln geben können, um Eskalation zu vermeiden. Selbst erklärte Gegner versuchen, die gefährlichsten Aspekte ihrer Konkurrenz zu begrenzen – durch Obergrenzen, Transparenzmaßnahmen, Kontrollmechanismen oder Verbote bestimmter Systeme. Ziel ist nicht, Konflikte zu lösen, sondern Eskalationsrisiken zu senken, Überraschungsangriffe unwahrscheinlicher zu machen und Rüstungsspiralen zu bremsen.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts bestätigt dieses Verständnis. Die zentralen Abkommen – von den SALT-Verhandlungen über den INF-Vertrag bis hin zu New START – wurden nicht in Zeiten besonderer Eintracht geschlossen, sondern unter Bedingungen harter Rivalität. Die oft zitierte Behauptung, Rüstungskontrolle sei nur möglich, wenn sie eigentlich nicht gebraucht werde, greift zu kurz. Gerade wenn Rivalität unkalkulierbar zu werden droht, wächst der Bedarf, sie zu regulieren. Ein Blick auf das Sicherheitsdilemma verdeutlicht das: Staaten rüsten auf, um sich sicherer zu fühlen; andere fühlen sich bedroht, rüsten nach, und am Ende entsteht eine Rüstungsspirale, in der alle mehr ausgeben und sich zugleich unsicherer fühlen. Rüstungskontrolle versucht, diese Dynamik zu durchbrechen, indem Fähigkeiten und bestimmte Waffensysteme reguliert werden, sodass Konkurrenz nicht automatisch in Instabilität umschlägt.

NATO und Russland werden – selbst im besten Fall, also ohne direkte militärische Konfrontation – auf lange Sicht in einem Zustand scharfer Konfrontation miteinander leben. Wo die Grenze dieser Konfrontation verlaufen wird, ist offen. Eine Rückkehr zu einer halbwegs stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur ist auf absehbare Zeit kaum vorstellbar – sie ist aber trotzdem dringlich.

Daraus erwächst ein vierfacher Auftrag: Erstens: Eine Politik des Interessenausgleichs, die nicht auf Sieg, sondern auf das kluge Management des Großmachtwettbewerbs setzt. Zweitens: Eine Wiederbelebung diplomatischer Tugenden – Geduld, Verhandlungsbereitschaft, die Fähigkeit zum Zuhören, gerade gegenüber Gegnern. Drittens: Friedensfähigkeit, verbunden mit Verteidigungsfähigkeit – statt eines eskalatorischen Sicherheitsdilemmas „with best intentions“, bei dem am Ende alle verlieren. Viertens: Mehr Engagement für verlässliche Rüstungskontrolle

und vertrauensbildende Maßnahmen – auch und gerade in Zeiten schwerer Spannungen.

Beim ersten Treffen der KSZE im Juli 1973 war der Vietnamkrieg in vollem Gange. Dennoch gelang es den Supermächten, eine Form begrenzten Vertrauens zwischen Gegnern aufzubauen. Es hat Jahre gedauert – aber es war möglich. Der „Geist von Helsinki“ ist verloren gegangen, doch wir haben die Pflicht, darüber nachzudenken, wie er in veränderter Form zurückkehren kann. Dazu braucht es eine Art globales „Helsinki 2.0“. Fünfzig Jahre nach Helsinki bedarf es eines neuen Ordnungsmodells. Dieses wird nicht von einer Siegermacht oktroyiert werden können, sondern von Mächten mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Interessen mühsam ausgehandelt werden müssen. Die Leitidee könnte lauten: Universalismus ohne Einmischung. Die universelle Geltung der Menschenrechte und des Völkerrechts bleibt der normative Horizont. Gleichzeitig verzichten die Großmächte auf eine Interventionspraxis, die ständig an den roten Linien der anderen kratzt und so das Risiko direkter Konfrontation erhöht.

Ein solches Modell wäre weit entfernt von Perfektion. Aber es könnte die Grundlage dafür legen, dass Rivalität nicht automatisch in Katastrophen mündet. Es wäre der Versuch, die Lehre der Ostpolitik in eine multipolare Welt im Kriegszustand zu übersetzen: Nicht als nostalgische Wiederholung, sondern als moderne Form der Entspannungspolitik. Der Versuch des Interessenausgleichs sollte nicht vorschnell als kaltherzig oder wertevergessen gebrandmarkt werden. Es braucht auch heute eine ethisch fundierte Realpolitik, die sich am Machbaren orientiert, Eskalationsrisiken nüchtern in den Blick nimmt und nicht nur dem normativ Wünschenswerten folgt.

Prof. Dr. Johannes Varwick lehrt Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg und ist Präsident des „Wissenschaftlichen Forums Internationale Sicherheit“ (WIFIS).



Rüstung oder Zukunft?

Mehr Geld für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klimaschutz!

Im Juli hat die Bundesregierung den Haushaltsentwurf für das Jahr 2027 beschlossen. Der Verteidigungshaushalt soll nach diesen Regierungsplänen 109,7 Milliarden Euro umfassen. Zum Vergleich: Im Jahr 2024 waren es noch 51,9 Milliarden und im Jahr 2014 32,4 Milliarden Euro – also weniger als ein Drittel und selbst 2024 nur die Hälfte dessen, was für 2027 eingeplant ist.

Allein von 2026 auf 2027 soll der Verteidigungshaushalt um ein Drittel erhöht werden. Und die fast 110 Milliarden Euro sind nur die Mittel aus dem Verteidigungshaushalt, den eine Mehrheit von Union, SPD, FDP und Grünen noch 2025 von der Schuldenbremse ausgenommen hat. Dazu kommen aus den Sonderschulden für Verteidigung noch einmal rund 30 Milliarden Euro. Insgesamt sollen also im Jahr 2027 für Verteidigung 140 Milliarden Euro ausgegeben werden.

Selbst mit diesen Rekordsummen ist die Bundesregierung noch weit entfernt von den NATO-Aufrüstungsplänen, die vorsehen, fünf Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Bei einem Gesamtbundeshaushalt von 555,4 Milliarden Euro im Jahr 2027 wird dennoch schon mehr als ein Viertel des gesamten Haushalts in das Militär gesteckt.

„Rüstung oder Soziales?“

Der Haushaltsentwurf für 2027 deckt die Verteilungskonflikte zum Teil noch mit Rekordschulden zu. Doch in „Deutschlands führender Monatszeitschrift für Sicherheitspolitik und Wehrtechnik“, Europäische Sicherheit & Technik, wurde die Marschrichtung schon im Sommer 2023 vorgegeben: „Entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr“, heißt es dort. „Der ein-

zige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfs decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozialausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Rüstung oder Soziales,“ prognostiziert Ole Henckel in seinem Artikel über die neue Nationale Sicherheitsstrategie.

Die nach dem Koalitionsgipfel im Juli angekündigten sozialen Grausamkeiten zeigen, dass die Bundesregierung dieser Route folgen will: Erhöhung des Renteneintrittsalters, Schikanen bei der Krankschreibung, Aushebelung des Achtstundentags. Auch die Auswirkungen der Kürzungen im Gesundheitswesen sind drastisch: Die im kürzlich beschlossenen GKV-Beitragsgesetz enthaltenen Einsparungen bedrohen nach Angaben der Krankenhausgesellschaft etwa die Hälfte der Krankenhäuser mit Insolvenz. Die Deckelung des Pflegebudgets und die Aussetzung der vollständigen Refinanzierung von Tarifsteigerungen bedeutet, dass noch weniger Pflegekräfte im Krankenhaus zur Verfügung stehen werden. Doch das Problem geht weit darüber hinaus, dass Rüstungslobbyistinnen und -lobbyisten den Verteilungskonflikt zulasten unserer sozialen (und gesundheitlichen) Absicherung auflösen wollen. Die Mittel, die hier in totes Metall (und die Profite von Rüstungskonzernen) investiert werden, fehlen natürlich in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Aufrüstung heizt die Klimakatastrophe an

Die Aufrüstung der NATO-Staaten durch Militärausgaben, die fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen, würde bedeuten, dass die NATO-Staaten zwischen 2025 und 2035 neunzehn Billionen US-Dollar nur dafür ausgeben. Allein von dem Zuwachs von zwei auf fünf Prozent könnten für diese und zwei weitere Jahre die Klimafinanzierungsbedarfe aller Entwicklungsländer (ca. eine Billion US-Dollar) bezahlt werden. Stattdessen sind die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, die auch in Klimaprojekte investiert werden, massiv gesunken. Während Deutschland seine Verteidigungsausgaben Jahr für Jahr erhöht, wurde der Entwicklungs-Etat massiv gekürzt und soll 2027 bei nur noch 9,5 Milliarden Euro liegen – eine Kürzung um mehr als ein Drittel im Vergleich zu 2022.

Doch die zusätzlichen Ausgaben fehlen nicht nur bei der Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassung, sondern führen auch zu zusätzlichen Emissionen. Nach einer Studie des Transnational Institute gemeinsam mit weiteren Partnern würden Militärausgaben in Höhe von fünf Prozent des BIP zu Emissionen in Höhe von 2.760 Megatonnen CO₂-Äquivalent (MtCO₂e) zwischen 2025 und 2030 führen. Das ist nur etwas weniger, als die gesamte EU pro Jahr ausstößt. Allein der zusätzliche Ausstoß gegenüber einer Fortschreibung des

Status Quo (1.122 MtCO₂e) würde die jährlich erforderliche Emissionsreduzierung zu-nichtemachen, um das EU-Ziel für 2030 zu erreichen: die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken, so das Transnational Institute in einem Briefing im Juni 2025.

Wie die Militarisierung unser Leben verschlechtert

Ebenso gravierend wie die Auswirkungen der Hochrüstung auf die Klimapolitik sind die Folgen für die Kommunen. Während Städte und Gemeinden ohnehin seit Jahren unterfinanziert sind, verschärft die Priorisierung militärischer Projekte diese Engpässe noch. Kommunen erhalten nur 14 Prozent der Steuereinnahmen, müssen davon aber 25 Prozent der öffentlichen Ausgaben stemmen. Mittel, die für Schulen, Kitas, Krankenhäuser oder sozialen Wohnungsbau benötigt würden, geraten unter Druck, weil ein wachsender Anteil öffentlicher Gelder in Verteidigung fließt.

Selbst die 1,5 Prozent des BIP, die nach den NATO-Plänen für militärische Infrastrukturverbesserungen ausgegeben werden sollen, werden vor Ort wenig helfen, weil die Prioritäten auf der Verlegung von Truppen über Transitstrecken nach Osten liegen. Straßen in den Kommunen oder Busse und Straßenbahnen werden davon nicht profitieren. Stattdessen werden kommunale Strukturen stärker in sicherheitspolitische Logiken eingebunden: Sie sollen sich in Verteidigungspläne einfügen, Flächen werden für Übungen oder Liegenschaften beansprucht, und zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser sollen im Ernstfall militärische Anforderungen priorisieren. Für Kommunen bedeutet das nicht nur zusätzliche organisatorische Belastungen, sondern auch den Verlust von Gestaltungsspielräumen – etwa wenn geplante Wohn- oder Gewerbegebiete zugunsten militärischer Nutzung zurückgestellt werden. So verschärft die Militarisierung die



Probleme in den Kommunen, was indirekt soziale Ungleichheiten verstärkt und demokratische Teilhabe schwächt.

Rüstungsrausch treibt Preise hoch

Die unbegrenzten Schuldenmöglichkeiten für Aufrüstung wecken Begehrlichkeiten. Im Oktober 2025 wurde eine geheime Liste mit Aufrüstungsplänen der Bundeswehr im Umfang von 376 Milliarden Euro öffentlich. „Aus der Liste geht hervor, dass die Bundeswehr in den nächsten Monaten etwa 320 neue Waffen- und Ausrüstungsprojekte starten will. Alle Domänen – Land, Luft, See, Weltraum und Cyberraum – werden davon abgedeckt“, schreibt die Friedensorganisation „Ohne Rüstung leben“. „Unter anderem soll die Bundeswehr 687 Schützenpanzer Puma erhalten – die Auslieferung ist bis 2035 geplant. Das Luftabwehrsystem IRIS-T von Diehl Defence stellt einen weiteren großen Posten dar: Die Bundeswehr beabsichtigt offenbar die Beschaffung von vierzehn kompletten IRIS-T-Systemen sowie entsprechenden Raketen verschiedener Typen im Wert von über vier Milliarden Euro.“ Dazu kommen Drohnen, Systeme für die Satellitenkriegsführung, Tomahawk-Marschflugkörper und zusätzliche Atombomber.

Die Preise für die Rüstungsprojekte sind dabei oft überhöht. „Es werden andere Preise aufgerufen, wenn der Auftraggeber Bundeswehr heißt“, lässt der SPD-Verteidigungspolitiker Andreas Schwarz den Spiegel wissen. Und der Bundesrechnungshof warnt vor dem „Risiko, dass sich das Signal der unbegrenzten Verschuldungsmöglichkeiten negativ auf die Preisentwicklung im Verteidigungsbereich auswirkt. Anreize für

die Industrie, für gleichbleibende Leistungen nunmehr höhere Preise zu verlangen, sind aufgrund nahezu unbegrenzt verfügbarer finanzieller Mittel und einer erhöhten Nachfrage zu erwarten.“

Erst im Juni wurde das Großprojekt für die Beschaffung der Fregatten F126 gestoppt, die seit der Bestellung 2020 immer teurer wurden. Verteidigungsminister Pistorius zog schließlich die Reißleine, nachdem er noch 2024 sechs statt vorher vier Fregatten bestellt hatte. Für die nun nicht mehr gelieferten Kriegsschiffe sind bereits 2,5 Milliarden Euro aus Steuergeldern ausgegeben worden. Und es könnte noch teurer werden: Laut einem Bericht des Spiegel will das Unternehmen Schadenersatz für die Kündigung des Vertrages.

Abrüstungsappell unterzeichnen

Weil inzwischen immer deutlicher wird, dass wir uns die Milliardenverschwendung von Steuermitteln für Aufrüstung nicht leisten können, unterstützen schon über fünfzehntausend Menschen unseren Abrüstungsappell „Immer mehr Milliarden fürs Militär? Nicht mit mir!“ **Jetzt unterzeichnen oder Unterschriftenlisten bestellen:** ippnw.de/bit/nichtmitmir



Marek Voigt ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der IPPNW.

Ein dringender Kongress

Frieden, Abrüstung, Gesundheit: Planungen für den 25. IPPNW-Weltkongress in Berlin

Der 25. Weltkongress der IPPNW soll im Herbst 2028 in Berlin stattfinden. Nachdem auf der diesjährigen Mitgliederversammlung die Planungen bereits Thema waren, hat der Vorstand Ende August den Beschluss zur Ausrichtung des Kongresses gefasst. Für uns als deutsche Sektion ist dies eine besondere Gelegenheit, die internationale IPPNW-Bewegung willkommen zu heißen und unsere zentralen Anliegen in die öffentliche und politische Debatte in Deutschland und Europa einzubringen.

Die aktuellen Entwicklungen machen einen solchen Kongress dringlicher denn je: Geopolitische Spannungen, eskalierende Aufrüstung, bewaffnete Konflikte und Angriffe auf Gesundheitssysteme treffen auf die Klimakrise und eine Verschärfung der atomaren Bedrohung. Gleichzeitig werden internationale Regeln und Institutionen geschwächt. Als Ärztinnen und Ärzte sowie Gesundheitsfachkräfte wollen wir diesen Entwicklungen eine wissenschaftlich fundierte Perspektive entgegensetzen und deutlich machen, dass Frieden, Abrüstung und Gesundheit untrennbar miteinander verbunden sind.

Gesundheit als Perspektive auf Frieden und Sicherheit

Der Kongress soll die Kernkompetenzen und langjährige Expertise der IPPNW mit aktuellen globalen Herausforderungen verbinden. Ein zentraler Schwerpunkt bleibt die atomare Abrüstung. Wir wollen die gesundheitlichen und humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen sichtbar machen und die wissenschaftlichen Argumente gegen das Narrativ stärken, atomare Abschreckung könne dauerhaft Sicherheit gewährleisten. Gerade angesichts der wachsenden Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes soll der Kongress die besondere Rolle der IPPNW als medizinische Stimme für eine atomwaffenfreie Welt hervorheben.

Ein weiterer Fokus liegt auf den gesundheitlichen Folgen von Militarisierung, Krieg und Gewalt sowie auf medizinischer Friedensarbeit. Dazu gehören der Schutz von



Gesundheitssystemen und die Frage, welchen Beitrag Gesundheitsfachkräfte zur Gewaltprävention und Friedensförderung leisten können. Zudem wollen wir gesundheitliche und völkerrechtliche Perspektiven stärker miteinander verknüpfen.

Auch die Verbindung von Frieden, Klimagerechtigkeit und Gesundheit könnte einen eigenen Platz im Programm erhalten. Klimakrise, Umweltzerstörung, Konflikte und Militarisierung verstärken sich gegenseitig und haben erhebliche Auswirkungen auf die globale Gesundheit. Der Kongress soll diese Zusammenhänge aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und regionalen Perspektiven beleuchten.

Intergenerationeller Austausch und gemeinsames Handeln

Ein besonderes Anliegen ist es uns, junge Menschen nicht nur als Teilnehmende, sondern als aktive Mitgestalterinnen und Mitgestalter des Kongresses einzubeziehen. Medizin- und Gesundheitsstudierende, junge Gesundheitsfachkräfte und andere junge Aktivistinnen und Aktivisten sollen eigene Perspektiven und Strategien einbringen und an der Programmgestaltung beteiligt sein.

Gleichzeitig soll der Kongress Raum für wissenschaftlichen Austausch, berufliche Vernetzung und den Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen Generationen bieten. Neben Podiumsdiskussionen und wissenschaftlichen Beiträgen sind inter-

aktive und praxisorientierte Formate vorgesehen. Workshops und Trainings sollen konkrete Fähigkeiten vermitteln – etwa in Advocacy, Kampagnenarbeit, Kommunikation und Konfliktbearbeitung. Ziel ist, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kongress nicht nur mit neuen Erkenntnissen, sondern auch mit praktischen Werkzeugen, neuen Kontakten und konkreten Ideen für ihre Arbeit vor Ort verlassen.

Globaler Knotenpunkt

Der Weltkongress soll mehr sein als eine internationale Tagung: Er soll ein Knotenpunkt für die globale IPPNW-Bewegung sein, an dem wissenschaftliche Erkenntnisse, politische Arbeit und Bewegungspraxis zusammenkommen. Perspektiven aus dem Globalen Süden und aus unmittelbar von Krieg und Militarisierung betroffenen Regionen sollen dabei eine zentrale Rolle spielen.

Mehr Infos finden Sie in Kürze unter: ippnw.de/bit/weltkongress
Vom 26.–28. Februar 2027 gibt es außerdem ein europäisches IPPNW-Treffen in Wien: ippnw.de/bit/wien



Laura Wunder ist Referentin der IPPNW für Klimagerechtigkeit und Global Health.



BERLIN



HANNOVER



STUTTART

„No more Hiroshimas“

— 81 Jahre seit den Atombombenangriffen auf Japan —

Vieelfältiger Protest: IPPNW-Gruppen haben Anfang August 2026 mit zahlreichen Veranstaltungen in ganz Deutschland der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki gedacht. Der Bürgermeister von Hiroshima, Katsumi Matsui hatte betont, wie wichtig dieser Einsatz von zivilgesellschaftlichen Gruppen ist: Nur durch gemeinsamen Druck der Zivilgesellschaft könne nukleare Abschreckung überwunden und eine atomwaffenfreie Welt erreicht werden, erklärte er in seiner Grußbotschaft zum Jahrestag. **Weitere Fotos unter:** [flickr.com/ippnw](https://www.flickr.com/photos/ippnw/)



AACHEN



Bilder des Protests

Ein eindrucksvoller Bildband zeigt 120 Fotos aus der westdeutschen Friedens- und Anti-AKW-Bewegung der 1970er- und 1980er-Jahre.

Herausgeber Alfred Büllesbach nähert sich den Bewegungen nicht aus aktivistischer Perspektive, sondern aus der des Fotografen. Dabei stammen die in diesem Band versammelten Fotos häufig von bewegungsnahe Fotografinnen und Fotografen oder von solchen, die sich selbst als Teil der Bewegungen sahen. Einige kamen über ihr Engagement überhaupt erst zum Fotografieren oder fanden über die Dokumentation der Proteste den Übergang vom Fotostudium zur beruflichen Tätigkeit als Fotojournalistinnen und -journalisten.

In Medien aller Art abgedruckt, waren die Fotos damals Teil des Kampfes um die öffentliche Meinung. Dieser Kampf wurde auch mit Bildern ausgetragen, und die Bewegungen lieferten Fotomotive: Menschenketten, Konzertblockaden, „Die-Ins“, Massendemonstrationen.

Auch wenn der Ausgangspunkt die Arbeit der Fotografinnen und Fotografen ist, werden die Bewegungsaktiven ins Zentrum gerückt. Das zeigt sich auch daran, dass oft die Namen der Abgebildeten genannt werden – durchaus nicht nur die der Prominenten. Der Kamerablick ist oft schonungslos und direkt – auch gelegentliche Gewalt der Protestierenden wird nicht verschwiegen. Die Vielfalt und Kreativität der Proteste damals kann auch Inspiration für heutige Aktivitäten sein.

So trägt der Band zum visuellen Gedächtnis der Bewegungen bei. Für die Recherche zu diesem Band reiste der Herausgeber über Jahre durch ganz Deutschland, um die Bilder seiner 31 Kolleginnen und Kollegen zusammenzutragen. So mahnt das Buch auch dazu, mit der Bewahrung dieser Bilder nicht die Fotografinnen und Fotografen allein zu lassen, die damit oft überfordert sind.

Büllesbach, Alfred (Hg.): Wehrt euch, leistet Widerstand... Fotos der Friedensbewegung und Anti-Atomkraft-Proteste der 1970er/80er Jahre in der Bundesrepublik, 128 S. mit 126 Abbildungen, 34,- Euro, Morisel Verlag Asbach 2026, ISBN: 978-3-943915-73-0

Marek Voigt



Glory in Prevention!

Mit „Gegenmacht: Die Zivilgesellschaft schlägt zurück“ legt Arne Semsrott ein kämpferisches, gut lesbares und ermutigendes Buch vor, das der These von einer politischen Ohnmacht gegenüber dem gesellschaftlichen Rechtsruck ausdrücklich widerspricht.

Anstatt sich im Reagieren auf den Rechtsruck zu erschöpfen, fordert Semsrott dazu auf, die demokratische Offensive selbst zu organisieren. Das Buch ist somit weniger eine Analyse als eine Mobilisierung: ein Aufruf, vorhandene Werkzeuge entschlossen zu nutzen. Es ist ein lesenswerter Debattenbeitrag und eine ermunternde Anregung, zivilgesellschaftlich mutig aufzutreten. Es finden sich darin Thesen, Feststellungen, Argumente und Gedanken, die insbesondere für eine Organisation wie die IPPNW Bestätigung und Stärkung bieten, aber auch zur Reflexion anregen können. Wenn Semsrott von „Glory in Prevention“ schreibt und feststellt, dass Antifa Care-Arbeit ist, finden sich gewiss viele Engagierte aus dem Gesundheitswesen in ihrem Bestreben wieder, zu verhindern, was nicht zu behandeln ist, und Menschen in Notsituationen zur Seite zu stehen.

Das Buch liefert aber auch Stoff und Anregung zur Reflexion: „Wir sollten uns eingestehen: Recht haben ist wertlos. Es „schon immer gewusst“ zu haben, ist wertlos. Viel wertvoller ist es, einen Irrtum zuzugeben, daraus zu lernen (...), und jene willkommen zu heißen, die es erst später gelernt haben.“ Besonders stark ist Semsrotts Blick auf die Zivilgesellschaft als Raum politischer Handlungsmacht jenseits der Parteipolitik.

Gerade für Menschen, die angesichts der gesellschaftlichen Verschiebungen nach rechts Frustration oder Überforderung empfinden, hat er ein wichtiges Signal: Demokratie ist nicht nur Verteidigung, sondern auch gestaltbare Praxis. Gleichzeitig wird zu klarer Kante gegenüber rechtsradikalen Positionen, Bewegungen und Parteien sowie all jenen, die sich allzu gerne von diesen treiben lassen oder in deren Fahrwasser profitieren wollen, gemahnt.

Arne Semsrott: Gegenmacht. Die Zivilgesellschaft schlägt zurück, 208 S., Gebunden 22,- / E-Book 18,99 Euro. Droemer Knauer München 2026, ISBN 978-3-426-57072-2

Patrick Schukalla

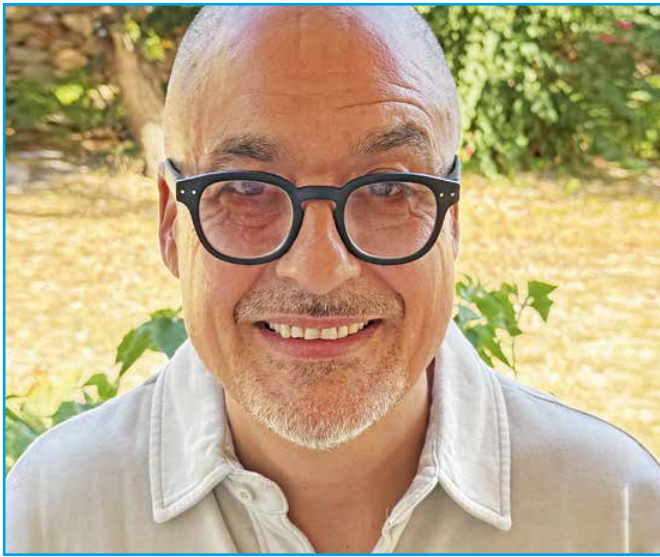


Foto: privat

6 Fragen an ... Axel Fersen

Politologe und Experte für digitale Technologien, Koordinator des Erhard-Eppler-Kreises

1 In der neuen KI-Konzeption des Verteidigungsministeriums steht, nicht jeder „Wirkmitteleinsatz“ – Behördendeutsch für Waffeneinsatz – erfordere „zwingend eine menschliche Interaktion“. Was bedeutet das konkret? Jahrzehntlang galt in Deutschland ein Versprechen: Eine Maschine entscheidet nicht darüber, wer stirbt. Ein Mensch muss den Abzug freigeben, jedes Mal. Im Fachjargon hieß das „human in the loop“, der Mensch in der Schleife. Irgendwo in der Kette vom Erkennen bis zum Bekämpfen sitzt ein Mensch, der Ja oder Nein sagt. Dieses Versprechen ist am 9. April 2026 gestrichen worden, in einer Verwaltungsvorschrift, ohne Debatte im Bundestag.

2 Wie kam es dahin? In den Koalitionsverträgen von 2018 und 2021 lehnten die Regierungsparteien tödliche autonome Waffen ab. 2021 hieß es wörtlich: „Letale Autonome Waffensysteme, die vollständig der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab.“ Am 1. November 2021 forderten 62 in Deutschland arbeitende Forscherinnen und Forscher der Künstlichen Intelligenz und Robotik in einem offenen Brief einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag; die Initiative ging maßgeblich auf Jörg Siekmann und Karl Hans Bläsius zurück. Im Koalitionsvertrag von 2025 fehlt der Satz – ersatzlos. Stattdessen bekennt sich die Koalition zur beschleunigten Einführung von KI und unbemannten Systemen in die Streitkräfte. Thomas Küchenmeister, Sprecher der deutschen Kampagne „Killer Roboter stoppen!“, nannte das eine Abkehr von Verantwortung. Kaum jemand hörte hin. Elf Monate später war die Konzeption in Kraft.

3 International setzt sich Deutschland für ein Verbot letaler autonomer Waffensysteme ein... Das tut es. Nur lohnt der Blick darauf, was verboten werden soll. In einer Fußnote der Konzeption definieren Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt ein „letales autonomes Waffensystem“. Die Definition greift nur, wenn alle Merkmale zugleich erfüllt sind: Es ist in erster Linie dazu bestimmt, tödliche Gewalt allein gegen Menschen einzusetzen. Es beurteilt die Lage, entscheidet, handelt, bewertet das Ergebnis und lernt daraus. Kein öffentlich bekanntes Waffensystem erfüllt

diese Liste vollständig. Geächtet wird damit eine Maschine, die es bislang nicht gibt. Dies ist ein Verbot, an dem sich kein gebautes System messen lassen muss.

4 Auch das europäische Recht verzichtet bewusst auf eine Regulierung von Waffensystemen... Die KI-Verordnung der Europäischen Union nimmt in Artikel 2 Absatz 3 alle Systeme aus, die ausschließlich militärischen oder Verteidigungszwecken dienen. Eine ministerielle Stellungnahme vom 30. Januar 2025, der Konzeption als Anlage beigelegt, erklärt den Dienststellen die Begründung: Dokumentations- und Transparenzpflichten stellten „bürokratische Hürden“ dar, die den Aufbau von Fähigkeiten verzögern könnten. Ohne Transparenz aber gibt es keine demokratische Kontrolle.

5 Was für Waffen beschafft die Bundeswehr bereits? Beschafft wird im Eiltempo sogenannte Loitering Munition: kleine Einwegdrohnen, deren Bilderkennung die letzten Meter ins Ziel selbständig findet. Die Brigade in Litauen soll ab 2027 damit ausgerüstet werden. Einer der Entwickler räumte gegenüber „Correctiv“ ein, solche Drohnen könnten vom Start bis zum Angriff völlig autonom agieren. Parallel entsteht das KI-System URANOS, das an der NATO-Ostflanke Sensordaten zu einem Lagebild verschmelzen und am Ende auch Waffen einsetzen soll. Die Panzerbrigade 45 soll es 2027 nutzen.

6 Der sowjetische Offizier Stanislaw Petrow verhinderte 1983 einen Atomkrieg, weil er einer Fehlmeldung misstraute. Die Konzeption warnt vor Fähigkeitsverlusten durch KI-Nutzung, hält aber fest, Menschen hätten teilweise eine höhere Fehleranfälligkeit und langsamere Reaktionszeit als KI-Systeme. Wie passt das zusammen? Petrow war langsamer als die Maschine, misstrauischer als die Maschine, und deshalb sind wir noch da. Das neue Regelwerk beschreibt ihn als Störgröße. Wer tötet, muss dafür einstehen können; eine Maschine kann das nicht. Wenn wir dieses Prinzip verlassen, gibt es keine Rechtsordnung mehr, die diesen Namen verdient.

Krankenhaus statt Lazarett!

In Erinnerung und Gedenken an die Opfer und die Überlebenden der Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki haben bundesweit zahlreiche Aktionen, Mahnwachen, und Veranstaltungen stattgefunden. Viele IPPNW-Regionalgruppen und -Mitglieder beteiligten sich. (Fotos auf S. 31). Anlässlich der Jahrestage hat die IPPNW die Bundesregierung aufgefordert, als Beobachterin an der nächsten Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages Ende des Jahres in New York teilzunehmen und einen Beitritt zu diesem Abkommen vorzubereiten. Im Juli 2026 warnte eine internationale Gruppe von Nobelpreisträgern – darunter die IPPNW – vor neuen nuklearen Risiken im Zeitalter der sich rasant entwickelnden KI-Technologie und forderte rasches Handeln, um die vollständige Abschaffung von Atomwaffen zu erreichen.

Ende Juli 2026 haben hunderte Menschen in Berlin für die Freilassung des palästinensischen Arztes Dr. Hussam Abu Safiya protestiert und sich mit Gesundheitskräften solidarisiert, die sich in israelischer Gefangenschaft befinden. Dr. Uwe Trieschmann hat die Demonstration mit organisiert und sprach im Anschluss mit dem Leiter des Nahostreferats im Außenministerium Jörg Walendy. Es gab große Resonanz in den sozialen Medien.

Die Weltlage ist sehr instabil – der Ukrainekrieg spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die IPPNW hat zum Antikriegstag ein Papier zum Ukrainekrieg veröffentlicht und an Politiker*innen, Friedensforschung und Friedensbewegung versendet. Es soll einen Beitrag zu einem Politikwechsel leisten: Weg von der Rüstungseskalation und hin zu Diplomatie und Entspannungspolitik. Dabei setzen wir uns mit grundlegenden Fragen von Diplomatie und Verhandlungen und Abrüstungsverträgen auseinander und entwickeln Empfehlungen an die Bundesregierung. Sie können das Papier in unserem Shop bestellen oder herunterladen.

Im Geiste der sogenannten „Zeitenwende“ soll auch das Gesundheitswesen auf kriegsartige Auseinandersetzungen vorbereitet werden. Im Bündnis- oder Kriegsfall muss das zivile Gesundheitssystem einen erheblichen Teil seiner Infrastruktur und personellen Ressourcen dem Militär zur Verfügung stellen. Im Kriegsfall werden Notstandsgesetze in Kraft treten, die weitreichende Grundrechtseinschränkungen wie Dienstverpflichtungen im Gesundheitswesen und anderen Bereichen möglich machen. Die Beschäftigten werden gezwungen, sich an diesen Vorbereitungen des Gesundheitswesens auf Krieg zu beteiligen. Leider tragen die meisten Berufsorganisationen im Gesundheitswesen diesen Kriegskurs offensiv mit. Daher müssen wir uns zusammenschließen. Wir überführen daher die IPPNW-Kampagne ge-



Dr. Angelika Claußen ist Vorsitzende der deutschen IPPNW.

gen die Militarisierung des Gesundheitswesens in eine gemeinsame Kampagne mit dem Verein demokratischer Ärzt*innen und verdi-Aktiven. Die Kampagne „Krankenhaus statt Lazarett – Für ein ziviles Gesundheitswesen“ ist am 1. September 2026 mit einer Pressekonferenz gestartet. Gemeinsam sammeln wir Unterschriften für die „Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen“ und klären mit Veranstaltungen und öffentlichen Aktionen über die Folgen der Militarisierung des Gesundheitswesens auf.

Abschiebungen aus medizinischen Einrichtungen nehmen zu. Viele Klinikbeschäftigte sind sich ihrer Rechte, Pflichten und Möglichkeiten in Abschiebesituationen nicht bewusst oder fühlen sich in der akuten Situation im Kontakt mit der Polizei überfordert. Die IPPNW veranstaltet am 25. September 2026 unter dem Motto „Krankenhäuser: ein sicherer Ort für alle?“ einen Multiplikator*innenworkshop zu Abschiebungen aus medizinischen Einrichtungen.

Am 28. November 2026 wäre IPPNW-Ehrenvorstandsmitglied und -Mitbegründer Prof. Dr. Ulrich Gottstein 100 Jahre alt geworden. Zu seinen Ehren veranstaltet die IPPNW am 28. November 2026 ein Symposium in Frankfurt am Main, zu dem wir Sie herzlich einladen: ippnw.de/bit/gottstein

Herzliche Grüße – Ihre Angelika Claußen



Keine Mittelstreckenwaffen, nirgends!

Demonstrationen am 30. Mai 2026 in Wiesbaden und Grafenwöhr

Knapp 2.000 Menschen haben in Wiesbaden unter dem Motto „Keine Mittelstreckenwaffen! Nirgends“ gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland protestiert. Weitere 250 Menschen kamen im oberpfälzischen Grafenwöhr zu einer parallel stattfindenden Kundgebung zusammen. Mehr als 60 Friedensinitiativen hatten zu dem Protesttag aufgerufen. Mit den Demonstrationen konnte am 30. Mai ein kraftvolles Zeichen für Frieden und Abrüstung ausgesendet werden. In Wiesbaden begrüßten die Demonstrierenden die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, keine Tomahawk-Marschflugkörper in Deutschland zu stationieren, als eine „gute Nachricht für die Sicherheit in Deutschland und Europa“.

Die Reden bei der Auftaktkundgebung hielten Marvin Mendyka für die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig“ sowie Julian Eder und Benjamin Bickert. In diesen wurden die Forderungen nach neuen Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen, der Ablehnung der immer weiter steigenden Militärausgaben und die klare Ablehnung der Wehrpflicht thematisiert.

Auf der Abschlusskundgebung setzte sich Pfarrer Wolfgang Prawitz mit der neuen Denkschrift „Welt in Unordnung“ der Evangelischen Kirche auseinander. „Es wird keinen Frieden geben, wenn wir uns auf militärische Mittel, auf militärische Stärke verlassen“, mahnte das Mitglied der Kirchensynode der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau (EKHN). Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen mit

ihren extrem kurzen Vorwarnzeiten führe nicht aus der Kriegs- und Gewaltlogik heraus, so Prawitz, sondern immer tiefer in diese hinein. „Dem Frieden kommen wir mit Mittelstreckenwaffen nicht näher, dem ‚gerechten Frieden‘ erst recht nicht!“

„Don’t give Trump credit for anything!“

Ann Wright, langjährige US-Friedensaktivistin, die bereits als Rednerin auf der letztjährigen Demo gegen Mittelstreckenwaffen in Wiesbaden auftrat, warnte davor, US-Präsident Trump Anerkennung für die Nicht-Stationierung und den Abzug von 5.000 US-Truppen aus Deutschland zu geben. Denn dieser werde diese nun mit hoher Wahrscheinlichkeit einfach andersorts in Europa stationieren. Des Weiteren geißelte Wright die Probleme, die aus den ausufernden Rüstungsausgaben der USA und dem dortigen Militarismus entstünden. Scharfe Kritik übte sie an den Interventionen in Venezuela und Iran sowie die US-Unterstützung des israelischen Vorgehens in Gaza. Ebenso berichtete sie von der „Gaza Sumud Flotilla“, von der sie erst kürzlich zurückkam. Die inzwischen fast 80-jährige US-Aktivistin stieß mit ihren pointierten Friedensforderungen auf viel Zustimmung des Publikums.

Weitere Reden folgten von Vertreter*innen von Parteien. Lothar Binding, einer der Unterzeichner des im vergangenen Jahr veröffentlichten Friedensmanifestes aus den Reihen der SPD, kritisierte in seiner Rede u.a. die Bereitstellung der militärischen Infrastruktur für die völkerrechtswidrigen Kriege der USA.

Frieden ist nicht einfach – doch Aufrüstungspolitik versagt

Desiree Becker, Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“, attestierte der Aufrüstungspolitik der vergangenen Jahre ein vernichtendes Urteil. Schon als der INF-Vertrag 2019 ausgesetzt wurde, habe die damalige Bundesregierung nicht protestiert. Nun setzten sich Pistorius und Merz dafür ein, dass Deutschland die stärkste konventionelle Armee Europas bekäme, und würden bereits von einem atomaren Schirm „schwärmen“. Die Aufrüstungspolitik der letzten Jahre habe auf jeden Fall versagt. „Oder fühlt ihr euch sicherer?“, wandte sich Becker an die Zuhörenden, die entsprechend reagierten. Sie appellierte für einen neuen INF-Vertrag, neue Verträge zur Begrenzung von nuklearen Sprengköpfen und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Zum Abschluss der Kundgebung sprach Michael von der Schulenburg (BSW-Fraktion im EU-Parlament), der sich in seiner Rede u.a. mit der neuen deutschen Militärstrategie auseinandersetzte. Für sein Plädoyer, wieder mit Russland zu reden, erntete er Applaus beim Publikum.

Mehr Infos unter: friedensfaehig.de

Marvin Mendyka ist Mitglied des Kampagnenrats von „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“





Mit Musik und Sonnenblumen gegen die atomare Aufrüstung

Aktionstage am Atomwaffenstützpunkt Büchel im Juli 2026

Anlässlich der Jahrestage von Hiroshima und Nagasaki fanden sich in Büchel zahlreiche Friedensaktivist*innen zu kreativen Aktionen zusammen. Das Aktionsbündnis „Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen“ (GAAA) hatte zu den Aktionstagen vom 20. bis 26. Juli 2026 eingeladen. Deutschland ist noch immer nicht atomwaffenfrei – im Gegenteil. Es galt, 30 Jahre Widerstand gegen die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen zu würdigen und folgendes anzumahnen:

» Deutschland ist noch immer nicht dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten. Die in Büchel praktizierte „nukleare Teilhabe“ ist völkerrechtswidrig, weil im Falle eines Atomkriegs deutsche Soldat*innen Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten (nach dem Atomwaffensperrvertrag verboten). Die Atomkriegsübungen der Bundeswehr stellen eine Androhung eines Atomwaffeneinsatzes dar. Damit bricht die Bundesregierung internationale Verträge wie den 2+4-Einigungsvertrag oder den Atomwaffensperrvertrag.

» Wir brauchen eine Rückkehr zu Abrüstungsvereinbarungen unter der Verantwortung der Vereinten Nationen.

» Eine Übergabe der Atomwaffen an die deutsche Bundeswehr zwecks Abwurfs erhöht die Kriegsgefahr und könnte einen Präventivschlag provozieren.

Eine Gruppe von etwa 30 Friedensaktivist*innen aus Deutschland, den Niederlanden und den USA organisierte kreative, gewaltfreie Aktionen am Zaun und tägliche Mahnwachen an den Zufahrten des Fliegerhorstes. Vertreten waren Mitglieder von Organisationen wie Catholic Workers, Nuke Watch, GAAA, Lebenslaute, Versöhnungsbund und der IPPNW. Diese verschiedenen Gruppen des ge-



waltfreien, zivilen Ungehorsams haben in diesen 30 Jahren versucht, durch Gerichtsprozesse und den Gang durch die gerichtlichen Instanzen die völkerrechtswidrige Atomwaffenstationierung endlich vor den obersten Gerichten zu thematisieren – bisher allerdings vergeblich.

An einem Vormittag verschönerten wir den doppelseitigen „Schutzzaun“ mit Sonnenblumen und Peace-Symbolen. Die Gestaltung wurde von Vertreter*innen der Gruppe „Lebenslaute“ musikalisch mit Saxophon und Oboe begleitet und leider immer wieder durch das unheilvolle Gedröhne startender Tornados unterbrochen.

Der Fliegerhorst wurde in den letzten zwei Jahren für zwei Milliarden Euro umgebaut (geplant waren 200 Millionen). Die Atomwaffe B61-12 mit gefährlichen neuen Eigenschaften und neuen US-F-35-Kampffjets (Kosten: ca. zehn Milliarden Euro) können voraussichtlich 2027 stationiert werden.

Die „Friedenssicherung Europas“ soll dank NATO „zuverlässig, sicher und effektiv“ bleiben – und zwar mit atomarer Aufrüstung. Ein Widerspruch. Im Herbst 2026 wird das Training der deutschen Pilot*innen in den USA beginnen.

Da ich viele Jahre in Portugal im Friedensforschungsdorf Tamera lebte, waren diese Tage in der Eifel für mich wie eine Rückkehr in die Friedensbewegung der 1980er-Jahre. So habe ich bei den Aktionen vor allem auch Menschen meiner Generation (geboren 1944) getroffen, die ihre Friedenssehnsucht und die Vision „Eine andere Welt ist möglich“ nicht aufgegeben haben. Ich habe die 80-jährige Susan Crane aus den USA kennengelernt. Sie hat letztes Jahr als erste US-Bürgerin acht Monate in deutschen Gefängnissen ihre „Mahnwache hinter Gittern“ vollzogen.

Danke für diese Zeit in Büchel und an alle, die den Mut haben, noch Widerstand zu leisten und zu widersprechen.

Am 10. 10. und 17. 10. gibt es in Büchel bzw. Nörvenich Proteste gegen das NATO-Atomkriegsmanöver „Steadfast Noon“.

Mehr Infos unter: ipnw.de/termine

Dr. Irmtraud Fäthke ist IPPNW-Mitglied.



100 Mitglieder in 100 Tagen

Ein Ausblick

Engagierte Mitglieder sind die besten Botschafter*innen, und der Weg zu neuen Unterstützer*innen ist oft kürzer als gedacht.

Am 10. Juni 2026 ist unsere Aktion „100 Mitglieder in 100 Tagen“ zu Ende gegangen. Unsere Mitglieder haben im Aktionszeitraum 51 neue Mitglieder geworben. Vielen Dank dafür! Das Ziel, Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass die Mitglieder die wichtigsten Multiplikator*innen für die Botschaften der IPPNW sind, kam an. „Die Aktion 100 Mitglieder in 100 Tagen hat ein größeres Bewusstsein für die Wichtigkeit der Mitgliedschaft in mir hervorgerufen – weshalb ich das nun öfter bei unseren aktiven Studis, die noch nicht Mitglieder sind, ansprechen werde“, so formulierte es IPPNW-Studierendensprecher Maxim Golovchanskiy.

Erklärungen, warum eine Mitgliedschaft bei der IPPNW zählt, können am überzeugendsten von Menschen vermittelt werden, die sich selbst engagieren. Außerdem ist der Weg zu Fachkräften des Gesundheitswesens meist kurz. Wir freuen uns auch sehr über neue Fördermitglieder, die zuletzt mit freiwillig höheren Beiträgen als vorgeschlagen bei uns eingestiegen sind. Seit Ende der Aktion haben wir 25 weitere neue Mitglieder gewonnen. Werben Sie unbedingt weiter für Frieden und Abrüstung!

Vielen Dank an alle, die dabei unterstützen.

Dr. Caroline Kann ist Leiterin der IPPNW-Geschäftsstelle.



Information zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge

Wirksam bleiben

Um weiterhin wirksam zu sein und um weiterhin so erfolgreiche Projekte weiterzuführen,

» wie zur Verhinderung von Abschiebungen aus dem Krankenhaus beizutragen – eine Mehrheit des 129. Deutschen Ärztetags hat 2025 beschlossen, dass eine solche Praxis verboten werden muss – oder

» wie die 2025 gestartete Kampagne gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens – die sich u.a. gegen die Unterordnung ziviler Daseinsvorsorge unter militärische Notwendigkeiten wendet –

benötigen wir für unsere unabhängige politische Arbeit weiterhin Ihre Unterstützung. Ein wichtiges Standbein bei der Finanzierung unserer Arbeit sind die Mitgliedsbeiträge, die in der 44-jährigen Geschichte der deutschen Sektion der IPPNW nur einmal erhöht wurden.

Wie schon in der letzten Ausgabe des Forums zu lesen war, hat die Mitgliederversammlung deshalb beim Jahrestreffen 2026 eine sozial gestaffelte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschlossen, die zum 1. Januar 2027 wirksam wird:

» Wir erhöhen den monatlichen Mitgliedsbeitrag von derzeit 12,50 Euro auf 16 Euro (+3,50 Euro/Mo-

nat), bzw. von 150 Euro auf 192 Euro (+42 Euro/Jahr) für Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen.

» Angehörige weiterer Gesundheitsberufe, Studierende, Auszubildende und Fördermitglieder zahlen weiterhin den bisherigen Beitrag.

» Mit einem freiwillig erhöhten Mitgliedsbeitrag ermöglichen Sie die Mitgliedschaft eines Mitglieds, das den Vollbeitrag nicht zahlen kann.

» Sollte die Erhöhung für einzelne Mitglieder nicht finanzierbar sein, können sie sich für eine Lösungsfindung an die Geschäftsstelle wenden.

Wir informieren im Herbst alle Mitglieder persönlich über die Beitragserhöhung.

Vielen Dank an alle, die unsere Arbeit so konsequent und unermüdlich unterstützen und die selbst vor Ort aktiv sind, ob in den Regionalgruppen oder den AKs! Ohne Sie und Euch ist die IPPNW-Arbeit für den Frieden nicht möglich.

Der IPPNW-Vorstand und
die Geschäftsstelle



Geschenkkarten

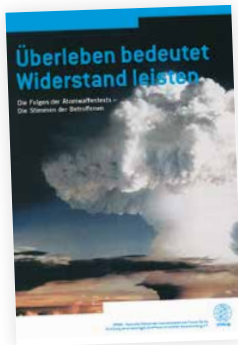
Wünschen Sie Ihren Liebsten ein Stück Frieden – mit einer IPPNW-Kunstkarte. Die Motive stammen von Xanthe Hall. Die Karten sind als Päckchen in unserem Shop erhältlich – jeweils fünf Klappkarten A6 mit Umschlag für 5 Euro zzgl. Portokosten. **Mehr unter: shop.ippnw.de**

Policy Paper

Für Spannungsabbau und Risikoreduktion: Dieses Papier zum Ukrainekrieg wendet sich mit Vorschlägen für (nukleare) Abrüstung, Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen an die Politik und die Friedenswissenschaft.

16 Seiten A4, Versand gegen Portokosten.

Bestellen unter: shop.ippnw.de



Überleben bedeutet Widerstand leisten

Die Broschüre thematisiert die Folgen der weltweiten Atomwaffentests. Übersichtsartikel zu den einzelnen Atomwaffenstaaten stellen die Auswirkungen in den jeweiligen Testgebieten sowie den lokalen Widerstand dar.

44 Seiten A4, Versand gegen Portokosten.

Bestellen unter: shop.ippnw.de

GEPLANT

Das nächste Heft erscheint im Dezember 2026. Das Schwerpunktthema ist:

Globale Gesundheit

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe 188/Dezember 2026 ist der 31. Oktober 2026. Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: forum@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) Sektion Deutschland
Redaktion: Dr. Lars Pohlmeier (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Regine Ratke

Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin, Tel.: 030 6980 740, Fax 030 693 81 66, E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de,

Bankverbindung: IPPNW e.V., GLS-Bank IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01, BIC: GENODEM1GLS

Das Forum erscheint viermal jährlich. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag

enthalten. Sämtliche namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Nachdrucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Gestaltungskonzept: www.buerobock.de

Layout: Regine Ratke

Bildnachweise: Nicht gekennzeichnete Fotos: privat oder IPPNW

Druck: DDL Berlin **Papier:** Circle Offset



SEPTEMBER

12.9. Global Health Conference: The Right to Health in Times of War, Berlin

14.9. Diskussion Aufrüstung und Klimawandel, Hamburg

23.9. Vortrag: Kognitive Kriegsführung, München

25.9. Workshop Abschiebungen aus medizinischen Einrichtungen, Berlin

25.9. Schulstreik gegen Wehrpflicht, bundesweit

OKTOBER

2.10. Kundgebung & Konzert: Unzwingbar. Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht, Berlin

3.10. Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Demonstrationen in Berlin und Stuttgart

3.10. AK Geflüchtete & Asyl, Kassel

7.10. Vortrag: Funktionierende Gesundheitsinfrastruktur statt Kriegstüchtigkeit – online

10.10. Mahnwache gegen das NATO-Manöver „Steadfast Noon“ in Büchel

17.10. Demonstration gegen „Steadfast Noon“ in Nörvenich

NOVEMBER

4.11. Vortrag: Krankenhaus im Kriegsfall. Was sagt das Grundgesetz? – online

13.-15.11. Studierendentreffen in Berlin

14.11. AK Süd/Nord, Kassel

Weitere Infos: ippnw.de/termine

vormerken

29.–31. OKTOBER '27

Kongress „Medizin und Gewissen“ in Nürnberg: medizinundgewissen.de



Über den Tag hinaus die Zukunft mitbestimmen

Möchten Sie Ihre Werte und Anliegen auch über Ihr Leben hinaus weitergeben und ein Zeichen für Frieden, Menschlichkeit und eine atomwaffenfreie Welt setzen?

Mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis zugunsten der IPPNW können Sie Ihr Engagement dauerhaft weitertragen und Spuren hinterlassen. Um diesen Schritt gut informiert und rechtlich sicher zu gehen, bietet das Onlineportal „Dein Adieu“ umfassende Hilfe.

Auf der Plattform wird in einfühlsamer Sprache vermittelt: Wie Sie ein rechtsgültiges Testament verfassen • Was die Unterschiede zwischen Erbschaft, Vermächtnis und Schenkung sind • Welche Möglichkeiten es gibt, Organisationen wie die IPPNW zu bedenken • Was Sie beachten sollten, wenn Sie nahestehende Menschen und Ihre Werte gleichermaßen berücksichtigen möchten.

Beispiele, Vorlagen und hilfreiche Informationen unterstützen Sie dabei, Ihre letzten Dinge in Ihrem Sinne zu regeln – einfach und transparent.



Die IPPNW ist auf „Dein Adieu“ präsent.
Hier finden Sie unser Profil, wo sie erfahren, wie
Ihr Vermächtnis konkret wirkt: ippnw.de/bit/adieu

UN ZWING BAR

Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht!

LIVE

K.I.Z

DISARSTAR

GUTERZOGENE ASIS

I'M DMA SKUFF BARBY

FRUCHTIGER BEIGESCHMACK

MIEZE

und viele mehr



www.unzwingbar.de

☮ Kundgebung | BERLIN, Brandenburger Tor

02.10.2026 | 16-20 Uhr